

# Politische Berichte

---

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



IM VOLLRAUSCH  
DER MACHT

- Ergebnisse der Berliner Wahlen S. 3
- Bush-Befehl: Soldaten zu Mördern S. 5
- Asten gegen Rasterfahndung S. 12
- Kinder- gärten: Ein wilder Markt S. 16
- Rezensionen



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**Regionales / Gewerkschaftliches West ...:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite:** Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo ( 32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

**SOZIALHILFE.** Als „armutspolitisch ignorant“ bezeichnet der Paritätische Wohlfahrtsverband die Entscheidung des Bundeskabinetts, die Erhöhung der Sozialhilfe in den nächsten drei Jahren an der Entwicklung der Renten zu orientieren. Damit würden 2,68 Millionen Menschen, die nach Angaben des Statistischen Bundesamtes Sozialhilfe beziehen, weiterhin mit einer Unterstützung abgespeist, die sie weitestgehend von der gesellschaftlichen Teilhabe ausschließt, kritisierte Dr. Ulrich Schneider, der Hauptgeschäftsführer des Verbandes. Nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ist die Sozialhilfe bereits jetzt um 9,2 Prozent zu niedrig bemessen, um das gesellschaftliche Existenzminimum zu decken. Statt 560 Mark müsste der Sozialhilferegelsatz für einen Haushaltsvorstand in Westdeutschland 611 Mark betragen, betont Schneider. In Ostdeutschland wären es 590 statt 541 Mark. Der Paritätische erneuert seine Forderung nach einem zeitnahen Inflationsausgleich in Höhe von 9,2 Prozent. Es sei nicht akzeptabel, dass die Bundesregierung die Neubemessung der Sozialhilfe-Regelsätze mit dem Verweis auf Modellvorhaben um weitere drei Jahre verzögere. „Wer heute von Sozialhilfe lebt, kann sich davon deutlich weniger kaufen als zu Beginn der 90er Jahre“, sagt Schneider. „Menschen, die über einen längeren Zeitraum von Sozialhilfe leben müssen, leben in Armut.“

**FOLTER.** Auf Kritik gestoßen ist bei einer Bundestagsanhörung am 17. Oktober die deutsche Haltung, eine Bestimmung der Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen nicht anzuerkennen, die ein Individualbeschwerderecht Betroffener vorsieht. Ole Vedel Rasmussen, Mitglied im UN-Komitee gegen Folter, bemängelte in seiner schriftlichen Stellungnahme für eine Anhörung des Menschenrechtsausschusses zudem, die in der Konvention enthaltene genaue Definition von Folter sei noch immer nicht in die deutsche Rechtsordnung aufgenommen worden. Es fehle zum Beispiel ein klarer Hinweis darauf, dass Entlastungsversuche, etwa Verweis auf Befehle von Vorgesetzten, entsprechend den Forderungen der Konvention kategorisch ausgeschlossen seien. Als Kritikpunkte an Deutschland erwähnte Rasmussen ferner die häufigen Selbstmorde von Personen, die sich in Abschiebehaft in Deutschland befinden, sowie die „offensichtlich niedrige Rate“ der Verfolgung und Verurteilung bei angezeigten Fällen von Misshandlungen durch die Polizei.

Rudolf Schmuick vom Anti-Folter-Komitee des Europarates ergänzte, darüber hinaus bedürfe es auch strenger Auswahlkriterien bei der Einstellung von Polizei- und Justizbediensteten, insbesondere hinsichtlich charakterlicher Anlagen, emotionaler Stabilität sowie Kommunikationsfähigkeit und geringer

Stressanfälligkeit. Zudem sei eine sorgfältige Ausbildung erforderlich.

Auch Eric Prokosch von Amnesty International in London betonte, Deutschland sollte die einschlägigen Fortbildungsmaßnahmen für Polizei- und Zuwanderungsbeamte aller Dienstgrade intensivieren. Verstärken sollte die Bundesrepublik nach Ansicht des Experten außerdem Maßnahmen, die gewährleisten, dass niemand zwangsweise in ein Land abgeschoben wird, in dem er oder sie Folter oder Misshandlungen ausgesetzt wäre.

Sepp Graessner vom Behandlungszentrum für Folteropfer in Berlin sprach sich seiner Stellungnahme zufolge dafür aus, die deutsche Politik solle auf ein Zusatzprotokoll zur UN-Anti-Folter-Konvention dringen, das den ungehinderten Zugang zu Gefangeneneinrichtungen erlaubt. Zudem sei sie aufgerufen, die Etablierung eines internationalen Strafgerichtshofes effektiv zu fördern.

Für Ursula Sottong vom Malteser-Hilfsdienst in Köln war es wichtig, für Betroffene von Folter und Gewalt therapeutische Angebote zu schaffen. Diese müssten Sprachprobleme berücksichtigen und es den Opfern zügig ermöglichen, neue Überlebensstrategien und Lebensperspektiven zu entwickeln. (Quelle: *www.bundestag.de/aktuell/hib*, Nr. 271)

**ZUWANDERUNG.** In einem Schreiben an Ludwig Stiegler, Vorsitzender der Querschnittsarbeitsgruppe Integration und Zuwanderung der SPD-Bundestagsfraktion, macht Gerhard Nies, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Verdi, Bedenken gegen den Entwurf des Zuwanderungsgesetzes geltend. Folgende Punkte werden u.a. kritisiert: „Die Möglichkeit, den Aufenthaltstitel auf Beschäftigung in bestimmten Betrieben und Regionen zu beschränken, führt zu nicht vertretbaren Abhängigkeiten und gefährdet darüber hinaus die Einhaltung und Wahrnehmung von Arbeitnehmerrechten. Es muss im Gesetz klargestellt werden, dass rechtmäßig bereits mehr als fünf Jahre hier lebende Ausländer Anspruch auf eine Niederlassungserlaubnis haben. Insbesondere muss gelten, dass Ausländer, die bereits nach jetzigem Recht Anspruch auf Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis haben, ohne verschärfte Voraussetzungen die Niederlassungserlaubnis erhalten. Sehr problematisch und unzureichend beurteilen wir die vorgesehenen Regelungen über die Zuwanderung aus humanitären Gründen. Die Zuwanderungskommission, die Verbände der Wohlfahrtspflege und Flüchtlingsorganisationen haben zu Recht darauf hingewiesen, dass der Schutz bei nichtstaatlicher Verfolgung unzureichend ist. Für rechtlich äußerst bedenklich und inhuman halten wir die vorgesehene Regelung zum Familiennachzug, mit den vorgesehenen unterschiedlichen Altersgrenzen bei Kindern.“

# SPD hin und her gerissen: Rot-rot oder Ampel?

Mit einem in dieser Höhe selbst in der eigenen Partei nicht erwarteten Erfolg für die PDS endeten am 21. Oktober die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV). Die PDS steigerte ihren Stimmenanteil von 17,7% (1999) auf 22,6%. In Ostberlin stieg die PDS dabei auf durchschnittlich 47,6% (+ 8,5%) und gewann alle 32 Direktmandate. 1999 hatte die CDU hier noch zwei Direktmandate gewonnen. Im Westen stiegen die PDS-Stimmen zum Abgeordnetenhaus von 4,2 auf 6,9%.

Ebenfalls ermutigend fiel das Ergebnis der PDS bei jungen Erstwählerinnen und -wählern aus: Hier erreichte die PDS landesweit 33% und wurde damit unter JungwählerInnen stärkste Kraft.

## Bedeutende Verschiebungen

Ein wichtiger Grund für das gute Ergebnis der PDS war offensichtlich ihre klare Opposition gegen den Krieg von USA und NATO gegen Afghanistan. Diese Anti-Kriegsposition stößt bei großen Teilen der Wählerinnen und Wähler und speziell bei jungen Leuten auf Zustimmung. Aber auch die katastrophale Finanzsituation der Stadt, für die vor allem die CDU verantwortlich gemacht wird, trug zum Wahlerfolg der PDS bei. 33.000 Wählerinnen und Wählern vor allem in Ostberlin sollen von der CDU zur PDS gewechselt sein.

Verbessern konnte sich auch die SPD. Nach jahrelangen Verlusten (von 37,3% in 1989 im Westen war sie 1999 auf 22,4% gefallen) erreichte die SPD nun landesweit 29,7%. Das ist weniger, als von der SPD selbst erhofft. Aber im Westteil wurde die SPD mit 33,7% erstmals seit Jahrzehnten wieder stärkste Partei.

Die Grünen mussten erneut einen Verlust hinnehmen und sanken auf 9,1 (1999: 9,9%). Verglichen mit den Verlusten in anderen Bundesländern ist das wenig, aber für die Partei bitter, zumal es damit für die Grünen im Bund mit Blick auf die kommenden Bundestagswahlen immer enger wird.

Die FDP errang ihr Ergebnis – nach 2,5% in 1999 nun 9,9%, das beste FDP-Ergebnis in Berlin seit den 70er Jahren – vor allem mit der Aussage, nur Stimmen für die FDP könnten eine PDS-Regierungsbeteiligung noch stoppen. Das sahen viele CDU-Wähler auch so und liefen zur FDP über. In gutbürgerlichen Steglitz-Zehlendorf zum Beispiel verlor die CDU über 20%, von 52,1 auf ca. 31,8%, während die FDP von 4,2 auf 16,8% empor schnellte.

Der große Verlierer ist die CDU. Sie fiel von landesweit 40,8 auf 23,7%. Im Westen liegt sie mit 30,5% damit erstmals seit Jahrzehnten wieder hinter der SPD, im

Osten fiel sie auf 12,3%.

Auch rechtsextremistische Parteien scheiterten. Die „Republikaner“ fielen von 2,7% in 1999 auf 1,3% und verloren alle Mandate in den Bezirken. Die NPD konnte ihre Stimmenzahl zwar mit massiver Plakatierung von 0,8 auf 0,9% steigern, blieb aber unter 1% und bekommt so keine Wahlkampfkostenerstattung.

## Verschiebungen auch bei den Bezirks-wahlen

Auch bei den Wahlen zu den 12 Bezirksverordnetenversammlungen verschoben sich die Gewichte. Die PDS errang in den Ost-Bezirken Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf die absolute Mehrheit, in Pankow, Treptow-Köpenick und dem West-Ost-Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wurde sie stärkste Partei. Das letztere bedeutet vermutlich, dass die bisher in diesem Bezirk amtierende, der PDS sehr nahe stehende Bürgermeisterin Bärbel Grygier im Amt bleiben kann.

Ansonsten bestätigte sich zum Leidwesen auch der PDS die alte Regel, dass jede Wahl ihre eigenen Gründe hat. So gewann die PDS zwar in allen Westbezirken gegenüber 1999 hinzu und hat nun auch in allen Westbezirken kommunale Mandate. 1999 hatte es in Steglitz-Zehlendorf und Reinickendorf dazu noch nicht gereicht. Die PDS-Ergebnisse zu den West-BVVen liegen aber um ca. 2% unter denen zum Abgeordnetenhaus. Offenbar wollten mehr West-WählerInnen eine starke PDS auf Landesebene als im Bezirk. Damit fehlt der PDS im Westen bis auf Neukölln und Kreuzberg weiter der Fraktionsstatus. Ein Grund dafür könnte sein, dass die Krieg- und Friedens-Debatte auf kommunale Politik nicht so stark durchschlägt, ein anderer könnte darin liegen, dass die Mandatsträger der PDS im Westen erst zwei Jahre Politik in den Bezirksparlamenten machen und deshalb nicht so bekannt sind wie das „Zugpferd“ Gregor Gysi und die PDS-Fraktion auf Landesebene.

Die CDU verlor in den Westbezirken Spandau, Reinickendorf, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg und Neukölln ihre absolute Mehrheit. In Spandau, Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf käme sie allerdings mit der FDP auch in Zukunft zu Mehrheiten. In allen anderen Westbezirken könnten rechnerisch SPD, Grüne und PDS mit Mehrheiten die bezirkliche Politik bestimmen. Ob das so kommt, wird sich bis Ende November entscheiden, wenn die Bürgermeister und Stadträte in den Bezirken neu gewählt werden.

Vorerst steht die Landespolitik im Vordergrund. Die SPD hat nun 44 der 141 Mandate im Abgeordnetenhaus, die CDU 35, die PDS 33, die FDP 15 und die Grü-

nen 14. Eine SPD-PDS-Koalition hätte also 77 Mandate, eine Ampel aus SPD, Grünen und FDP nur 73.

Die Bundes-SPD drängt in dieser Lage offen zu einer Ampelkoalition. Das entspräche Schröders „neuer Mitte“, würde die Regierung auch im bürgerlichen Wählerfeld absichern und die von der Bundes-SPD ohnehin favorisierte „Öffnung“ zur FDP nach den nächsten Bundestagswahlen unterstützen. Auch die Bundes-FDP drängt vehement, während die Bundes-Grünen sich bedeckt halten.

## Widerstände gegen Ampel bei allen

Gegen eine solche Ampel gibt es aber auch starke Widerstände. Einmal von der PDS, in der eine große Mehrheit auf Regierungsbeteiligung ihrer Partei drängt. Selbst die Grünen, deren Vertreter/innen noch am Wahlabend eine Koalition SPD-Grüne-PDS abgelehnt hatten, weil die Grünen in einer solchen Konstellation für eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus nicht erforderlich wären. Auch in der SPD gibt es Stimmen, die eine Koalition mit PDS und Grünen befürworten. Zumal zwei FDP-Abgeordnete als „nationalliberal“ und unsichere Kantonisten gelten.

Auch die SPD-Landesspitze in Berlin ist unsicher. SPD-Chef Wowereit will keine Ampel, die ihm schon nach einem Jahr auseinander bricht, weil sie einer Opposition aus CDU und PDS (letztere verstärkt durch die Gewerkschaften) möglicherweise nicht standhält oder an der Rivalität zwischen Grünen und FDP im Bundestagswahlkampf zerbricht.

Auf der anderen Seite gibt es auch in der PDS durchaus Bedenken gegen eine Regierungsbeteiligung der eigenen Partei. Eine SPD-PDS-Regierung hätte in der alten Frontstadt die Mehrheit der Wähler im Westen, das gesamte bürgerliche Lager und die Grünen gegen sich. In einer solchen Konstellation die von der alten Regierung aufgehäuften Schulden tilgen, möglicherweise bei weiter steigender Arbeitslosigkeit, ist kein Vergnügen. Auch gibt es durchaus Bedenken, dass in einer solchen Koalition „realpolitische“ Anpassungswünsche bei Teilen der Partei – z.B. im Umgang mit Polizei und Sicherheitsfragen, aber auch auf Gebieten wie Asyl, Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, Flughafenausbau usw. – überhand nehmen. Die PDS sollte in der Opposition bleiben, ihre bezirklichen und kommunalen Positionen festigen und bundesweit ihren Widerstand gegen Krieg, Sozialabbau und den Abbau von Bürgerrechten fortsetzen, lautet diese Position.

Nächste Woche will die SPD beschließen, welche Koalition sie anstrebt. *rül*





**Bush-Befehl:**

## Soldaten zu Mördern

Der amerikanische Präsident Bush hat, wie die Washington Post jetzt berichtete und mehrere Regierungsvertreter bestätigten, dem US-Geheimdienst den Befehl zur Tötung von Osama Bin Laden gegeben. Der Befehl verlange ausdrücklich die Vernichtung Osama Bin Ladens und seines weltweiten Al-Quaida-Netzwerkes. Die Operation werde zu einer „bisher einmaligen“ Zusammenarbeit zwischen der CIA und militärischen Einheiten führen und sei, so die Washington Post, die „radikalste verdeckte Operation seit ihrer (der CIA – scc) Gründung im Jahre 1947“. Dem Geheimdienst werden dafür 1,11 Mrd. \$ (2,7 Mrd. DM) bereitgestellt, die in neue Stellen, Ausrüstungen und natürlich die Bezahlung der Meuchelmörder fließen dürften.

### Der Mordbefehl in der US-Militärstrategie

Der Tötungsbefehl tritt den in der „Universellen Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 festgehaltenen rechtsstaatlichen Grundsatz mit Füßen: „Jeder Mensch, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat Anspruch darauf, so lange als unschuldig zu gelten, bis seine Schuld in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.“ (1) Die USA haben weder zwingende Beweise für die Verantwortung Bin Ladens vorgelegt noch die Möglichkeiten, die Auslieferung Bin Ladens durch die Taliban auf dem Verhandlungswege zu erwirken, auch nur annähernd erschöpft. Stattdessen marschierten sie mit 50.000 Soldaten in der Region auf, verschoben das erklärte Kriegsziel in Richtung Sturz der Taliban-Regierung und entwickelten mit dem Mordbefehl ein terroristisches Konzept der Kriegsführung, in dem gezielter Mord und weltweite verdeckte

Angriffe auf behauptete „weltweite“ Organisationsstrukturen ein zentrales Moment sind. Dieses Konzept zielt auf die Errichtung militärischer Vorherrschaft: Sind die USA tatsächlich in der Lage, an jedem Ort jederzeit zuzuschlagen, dann haben sie die Vorherrschaft.

Der Mordbefehl stellt die UNO und die Verbündeten der USA vor eine Entscheidung. Auch wenn kritische Völkerrechtler einleuchtend darauf hinweisen, dass die militärischen Angriffe auf Afghanistan ohne rechtliche Grundlage und durch die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates vom 12. und 28.9. nicht gedeckt sind: Durch die terroristische Kriegsführung der USA ist der Sicherheitsrat ebenso betroffen wie die NATO-Bündnispartner der USA, die den Bündnisfall feststellten. Die Ermächtigung an Exekutivorgane zu Mord und Terror sprengt die UN-Charta und jede Grundlage des NATO-Bündnisses. Halten die Bündnispartner an ihrer „uneingeschränkten Solidarität“ fest, machen sie sich zu Komplizen des US-Staatsterrors.

### Das Konzept der Westmächte muss auf lange Sicht scheitern

Der Krieg den Terror werde lange dauern, und das Militärische werde nur ein Moment dieses langdauernden Krieges sein, hatte die US-Regierung gleich nach dem 11. September verlauten lassen. Betrachtet man die militärischen, diplomatischen und sonstigen politischen Aktivitäten der USA und ihrer Verbündeten seither, drängt sich der Schluss auf, dass sie die Region zu mediatisieren suchen, d.h. die Länder des Mittleren Ostens und Zentralasiens zu unterwerfen, sie völlig in ihre nicht nur wirtschaftliche, sondern politische und militärische Abhängigkeit zu bringen. Der Krieg gegen Afghanistan scheint da nur ein erster, aber grundlegender Schritt in diese Richtung.

Vor den USA haben die britische Kolonialmacht drei und die Sowjetunion einen Krieg in bzw. gegen Afghanistan geführt und verloren. Wie aber können die USA glauben – und sie glauben es ja –, dass sie den Krieg gegen Afghanistan gewinnen, wo sie doch anders als die damals benachbarte Sowjetunion Truppen und Nachschub von weither heranzuführen müssen?

Die Sowjetunion sah sich islamischen Guerillakämpfern gegenüber, die starken Rückhalt zwar nicht in den Städten, aber bei der Landbevölkerung hatten. Sie konnten Pakistan und Iran als Hinterland nutzen, bekamen menschliche und materielle Hilfe aus der ganzen arabischen bzw. islamischen Welt und wurden schließlich und nicht zuletzt massiv vom Westen unterstützt, v.a. mit Waffenlieferungen und Ausbildung. Schwierig waren die Bedingungen für die Sowjetunion auch, weil ihre Republiken im Süden an der Grenze zu Afghanistan mit dem Land kulturell eher eng verbunden und für die sowjetische Kriegsführung alles andere als sicheres Hinterland waren. All dies

waren günstige Bedingungen für die Kleinkriegsführung der afghanischen Guerilla, die die Truppen der Sowjetunion in zehn Jahren aufrieb.

Diese günstigen Bedingungen für eine zermürbende Kleinkriegsführung bestehen heute so jedenfalls nicht mehr: Mit den Taliban ist eine Gruppierung an die Macht gelangt, die sich durch ihre blutige Unterdrückung in großen Teilen der afghanischen Gesellschaft regelrecht verhasst gemacht hat. Ohne Unterstützung durch Pakistan hätten sie sich womöglich nicht lange halten können. Einiges spricht dafür, dass sie mehr eine supranationale, ideologisch zusammengehaltene Söldnertruppe als eine in der afghanischen Gesellschaft verankerte Kraft sind. Die diplomatischen Bemühungen der Westallianz haben die Taliban von ihren bisherigen Unterstützern (insbesondere Pakistan und Saudi-Arabien) abgeschnitten, ganz abgesehen davon, dass die Lieferungen aus dem Westen schon seit Jahren ausgeblieben sind.

Aus diesen Gründen glauben die Westmächte, Afghanistan schlagen und die Taliban stürzen zu können, und ihre Kalkulation ist nicht vollends unvernünftig und vielleicht auch kurzfristig „erfolgreich“. Sie hat auf längere Sicht jedoch einen entscheidenden Haken:

Die Westmächte verfolgen nicht das Ziel, eine politische, demokratische, selbstbestimmte Reorganisation der Region zu ermöglichen. Nicht deshalb wollen sie die Herrschaft der Taliban brechen (ganz abgesehen davon, dass Krieg nicht das diesem Ziel adäquate Mittel wäre): Sie wollen ihre eigene Herrschaft über die reiche und strategisch wichtige Region errichten.

Dieses Ziel ist zum Scheitern verurteilt. Die Region ist zu groß, sie hängt kulturell zu eng zusammen (v.a. durch den Islam), ihre Wirtschaftskraft, wenngleich nicht hochentwickelt, ist insgesamt nicht so gering, und ihre menschlichen Ressourcen sind gewaltig – Pakistan z.B., man weiß es kaum, ist nach China und Indien das dritt-bevölkerungsreichste Land der Welt. Die Kräfte der Westmächte reichen nicht aus, einen so großen Teil der Menschheit niederzuhalten. (2)

### Verschleierung der Kriegsziele

Die USA und ihre Verbündeten versuchen alles, um ihre Kriegsziele zu verschleiern. Natürlich kann man spekulieren, und es gibt viele gute Gründe für die Annahme, dass sie ihre Herrschaft über die Region herstellen wollen, die strategisch bedeutsame Reichtümer birgt. Dafür sprechen nicht nur die vielen Statements über die Bedeutung der Region in den letzten Jahren, die vielen nachzuweisenden Versuche, sich Einfluss zu verschaffen, Beziehungen zu knüpfen und neue Bündnisse zu bilden, Pläne über Pipelines usw. Dafür spricht aktuell auch der Aufmarsch in der Region. Die Westallianz hat in der Golfregion eine Truppe versammelt, die

stark genug ist, gegen sämtliche Regionalmächte die Luftherrschaft zu behaupten.

Trotz allem liegen die genauen Ziele nicht offen, und Spekulieren ist nicht Wissen und schon gar nicht Beweisen. Von diesem Zustand der Vieldeutigkeit und der Ungewissheit, in dem die Weltöffentlichkeit gehalten wird, hängen die Festigkeit der westlichen Allianz, die innenpolitischen Verhältnisse in den NATO-Staaten und die internationale Duldung bzw. Begünstigung ihres Krieges gegenwärtig in hohem Maße ab.

So nehmen viele hier in der BRD und andernorts den Krieg als quasi unvermeidbar hin, weil sie sich den Sturz der Taliban und das Ende des jahrzehntelangen Bürgerkrieges in Afghanistan samt seinen katastrophalen Folgen für die Zivilbevölkerung versprechen. Oder weil sie hoffen, dass so die Gefahr großangelegter und lang vorbereiteter Terrorangriffe minimiert werden kann.

Es ist also davon auszugehen, dass die Westmächte um so besser verfolgen, je besser sie sie verschleiern. Und dass sie sie so lange wie möglich zu verschleiern trachten, auch dann noch, wenn sie den Krieg, wie zu befürchten, über Afghanistan hinaus ausweiten. Da es in der Region so manches Regime gibt, dessen Sturz die Bedingung jedweder Entwicklung ist, und viele Krisenherde, die zu eskalieren drohen und die man einzudämmen versprechen kann, sind die Bedingungen für die Westmächte relativ günstig, große Teile der Weltöffentlichkeit für ihren langandauernden Krieg oder wenigstens zu seiner Duldung zu gewinnen und dabei ihre Absichten, die, wären sie bekannt, Kritik und Widerstand hervorrufen würden, versteckt zu verfolgen.

Um als Voraussetzung einer wirklich machtvollen Antikriegsbewegung einen deutlichen Umschwung in der öffentlichen Meinung herbeizuführen, ist es von Belang, die Ereignisse aufzufinden, an denen klar wird und bewiesen werden kann, was die Westallianz plant.

Ein solches Ereignis wäre, wenn die USA Afghanistan nicht nur bombardieren, nicht nur Spezialeinheiten von außen reinschicken, sondern wenn sie einen Stützpunkt errichten, von dem aus sie ihre Luftmacht und ihre Kommandogruppen jederzeit, ohne Verzögerung und überall hin zum Einsatz bringen können. In diesem Fall nämlich ist beweisbar, dass die Westallianz sich nicht auf die Förderung lokaler Kräfte beschränkt, auch nicht darauf, Bin Laden aus seinen Stützpunkten zu vertreiben, um sich dann zu-

rückzuziehen, sondern dass sich festsetzen und militärisch etablieren will.

Auch in diesem Zusammenhang ist nicht unerheblich, ob Bushs Mordbefehl hingenommen wird oder ob die politischen Kräfte, die ihm „uneingeschränkte Solidarität“ zusagten, dazu gebracht werden können, wenigstens doch Schranken für ihre Solidarität festzulegen.

Wie oben gesagt, ist Bushs Mordbefehl Teil einer Militärstrategie, die darauf zielt, an jedem Ort Afghanistans und dar-



über hinaus an jedem Ort der Region, ja der Welt jederzeit zuschlagen und gezielt töten zu können. Es handelt sich um ein terroristisches Konzept, dessen Durchsetzung darauf zielt, dass die davon Betroffenen ein „ordentliches“ Militärgouvernement ständiger Angst, Bedrohung und Einschüchterung vorziehen, und die sich so ihre eigene Legitimation zu schaffen versucht.

Die sorgfältige Kritik nicht nur des Krieges allgemein, sondern der konkreten Kriegsführung der Westallianz ist für den Kampf um die öffentliche Meinung von erheblicher Bedeutung. scc

1 Die CIA war in den über 50 Jahren ihrer Existenz in zahlreiche Mordanschläge auf ausländische Politiker verstrickt, auch in den Zeiten (seit Mitte der 70er-Jahre), in der ihre Präsidenten einen sog. Exekutivbefehl unterzeichneten, mit dem es jedem, der für die ame-

rikanische Regierung arbeitete, offiziell verboten war, sich an Mordanschläge zu beteiligen. Dieser Exekutivbefehl ist nun ausdrücklich aufgehoben, der Mord ausdrücklich befohlen. Das unterscheidet die geplante Mordaktion von allen vorherigen.

Gleich nach dem 11.9. hatte sich Bush mit dem Schlachtruf „Tot oder lebendig“ an die Öffentlichkeit gewandt und damit den Mythos der amerikanischen „Frontier-Gesellschaft“ beschworen. „Frontier“ meint die sich von Osten nach Westen vorschlebende Besiedelung des nordamerikanischen Kontinents im 19. Jahrhundert. In dieser Westwärtsbesiedlung stießen die aus Europa eingewanderten Sied-

ler und ihre in Amerika geborenen Nachkommen zum einen mit den indianischen Einwohnern zusammen, deren Gesellschaften sie zerstörten und die sie bis auf wenige Hunderttausend vernichteten; zum anderen mit Mexiko, dem die USA in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts riesige Gebiete entzogen: die heutigen Bundesstaaten Florida, Texas, New Mexiko, Arizona, Kalifornien, Utah. Mit den Eroberungs- und Besiedlungswellen der Farmer, Rancher und Goldgräber zog es außerdem jede Menge Banden und Banditen in die Grenzgebiete. In diesem jahrzehntelangen Kampf gegen Indianer, Mexikaner und Banditen bildete die amerikanische Gesellschaft im Westen eine besondere Art von Recht heraus, das starke Züge der Selbst- und Lynchjustiz trug, samt den entsprechenden staatlichen bzw. zivilen Institutionen: den Sheriff, der u.a. Haftbefehle vollstreckte – „tot oder lebendig“; die Texas-Rangers, deren Hauptaufgabe es war, die „Indianerfrage“ zu lösen, und die dafür berüchtigt waren, jeden Indianer zu töten, auf den sie stießen; die aus Zivilisten bestehenden sog. Vigilanten-Komitees, die „Verbrecher“ jagten, kurzen Prozess machten, oft Todesurteile aussprachen und gleich vollstreckten usw. „Hatten das Land mit unserem Blute erobert und behauptet, hatten unser Recht darauf gegründet“, beschreibt Charles Sealsfield, ein sudetendeutscher Amerikaner, in einem seiner Romane die gewalttätige Frontier-Praxis der Setzung von Recht. Diesen Frontier-Mythos griff Bush auf, aber anders als in der Frontier-Gesellschaft des „Wil-

den Westens“ setzt Bush nicht Recht in einem bisher rechtsfreien Raum, sondern zerstört Recht.

2 In einem im ND vom 17.10. veröffentlichten Artikel „Krieg und Terror: Afghanistan – Grab der Imperien“ vergleicht der schwedische Schriftsteller Jan Myrdal, ein bekannter Asienkenner, die Bushs Vorbereitung des Angriffs auf Afghanistan mit Napoleons Vorbereitung auf Russland. Er sei überzeugt, dass künftige Chronisten den US-amerikanischen Angriff auf Afghanistan als ersten entscheidenden Schritt auf dem Weg der Vereinigten Staaten zum Verlust ihrer Welthegeemonie und zum Untergang für deren Imperium werteten. Die Ignoranz gegenüber der Geschichte mache das Unberechenbare und zugleich Kurzsichtige in der Politik der USA aus. Schon für Großbritannien und die Sowjetunion hätten die Kriege gegen Afghanistan den Untergang ihrer Imperien eingeleitet. „Nun haben die USA ihre Hände in das Hornissennest gesteckt. Damit ist der Untergang dieses Imperiums ebenso unausweichlich wie zuvor der des britischen und sowjetischen. Das weiß man in Asien.“



# Die falsche Antwort auf den 11. September: der Überwachungsstaat

Die Toten von New York City und Washington D.C. lagen noch unter den Trümmern, da gaben Politiker und sogenannte Sicherheitsexperten bereits die Devise aus, es müsse innenpolitisch gewaltig aufgerüstet werden.

Unverantwortlicherweise suchen sie nicht nach Ursachen, sondern bekämpfen Gewalt mit Gewalt und halten damit einen verhängnisvollen Kreisel innen- wie außenpolitisch in Schwung. Unter dem pauschalen Titel: „Bekämpfung des Terrorismus“ schlägt Bundesinnenminister Schily mit Hochgeschwindigkeit Maßnahmen vor, die augenscheinlich entweder längst in der Schublade schlummerten (Abschaffung des Religionsprivilegs, Telefonüberwachung), oder solche, die eine Grauzone legalisieren sollen, in der sich die Sicherheitsbehörden bereits praktisch bewegen – wie bei der informationellen Zusammenarbeit mit den Ausländerbehörden. Kaum einer der Vorschläge hat einen konkreten Bezug zu den Anschlägen – außer jenem, dass sie ohne die zur Zeit bei einem Teil der Bevölkerung vorherrschende Angst kaum durchsetzungsfähig wären.

Das Ausmaß der Planungen wird nun durch die Vorlage der Sicherheitspakete I, II und II+ öffentlich, wobei ein Ende des Schilyschen Aktionismus nicht absehbar ist.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen und Personen, halten die Gesetzentwürfe und geplanten Maßnahmen für falsch. Die Balance zwischen staatlich garantierten Freiheitsrechten der BürgerInnen und den Eingriffsbefugnissen des Staates darf nicht – wie gegenwärtig – zugunsten abstrakter Staatssicherheit aufgehoben werden. Fast jede der vorgeschlagenen Maßnahmen greift massiv in die Grundrechte ein. Keine aber schafft mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger. Im demokratischen Rechtsstaat sind Eingriffe nach dem Motto „irgend- etwas muss geschehen“ oder: „wer nichts zu verbergen hat, der ...“ nicht hinzunehmen. Im Gegenteil ist der Staat bis ins Detail beweis- und darlegungspflichtig dafür,

- dass jede einzelne Maßnahme geeignet ist, dem vorgegebenen Zweck der Terroristenabwehr zu dienen;
- dass nachweislich keine Mittel zur Verfügung stehen, die unsere Grundrechte nicht oder weniger verletzen.
- dass staatliche Maßnahmen nicht unverhältnismäßig in die Rechte des / der Einzelnen eingreifen.

Schon auf der ersten Stufe einer solchen Prüfung bleiben die Regierungsvor-

schläge im grundrechtlichen Filter hängen. Sie taugen praktisch nicht zur Terrorismusbekämpfung. Sie demonstrieren, dass es den inneren Aufrüstern darauf ankommt, Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe einer bewusst erzeugten Sicherheitspanik gleichzuschalten. Auf der einen Seite drängt angeblich die Zeit, weil weitere Anschläge unmittelbar bevorstehen. Auf der anderen Seite erfordern aber viele der Vorschläge – wie Fingerabdrücke in Reisepässen, Regelanfragen bei Nachrichtendiensten sowie Veränderungen des materiellen Strafrechts (§ 129 b StGB) – erhebliche, teils jahrelange Aufwendungen und könnten die ihnen zugedachte Wirkung ohnehin erst mittelfristig entfalten.

Ein Großteil der Maßnahmen verletzt vor allem die ohnehin übermäßig eingeschränkten Grund- und Menschenrechte der in Deutschland nicht staatsbürgerlich lebenden Menschen. Seit Wochen stehen 3,3 Millionen in Deutschland lebende Muslime und viele andere AusländerInnen unter Generalverdacht. Universitätspräsidien verletzen ihre Fürsorgepflichten und geben pauschal Daten von Studierenden aus islamischen Ländern preis.

Schon vor den Anschlägen wurden beträchtliche Teile unserer Bevölkerung durch Gesetze und bürokratische Maßnahmen diskriminiert, mit Vorurteilen überzogen und tödlich, zum Teil mit tödlichem Ausgang, angegriffen. Bis gestern waren allerdings meist „nur“ die „auffälligen“ Ausländer im Visier der rassistischen Hetzer: Nunmehr stehen alle Fremden unter Verdacht. Da kommen alle „Bündnisse für Toleranz“ zu spät. Wer nicht will, dass die Bundesrepublik Deutschland für Nicht-Deutsche unbewohnbar wird, der/ die muss politisch gegen die Fremdenfeindlichkeit in Gesetzen und Verwaltungspraxis und in der Gesellschaft kämpfen.

Maßnahmen der inneren Sicherheit, die sich ausschließlich gegen AusländerInnen richten und an nationalen, ethnischen oder religiösen Merkmalen anknüpfen, sind grundsätzlich abzulehnen. Die Gefahr durch Terrortrupps wird nicht durch Repression gegen Flüchtlinge gebannt, die vor dem erlebten Terror aus ihren Herkunftsländern fliehen mussten.

Die historischen Erfahrungen mit totalitären Systemen gerade in Deutschland dürfen keiner neuen Weltmachtrollenrealität geopfert werden.

Im letzten Jahrhundert waren die größten deutschen Verbrecher, auf deren Konto nicht nur zwei Weltkriege und die Vernichtung der europäischen Juden gingen, politische und militärische Führer

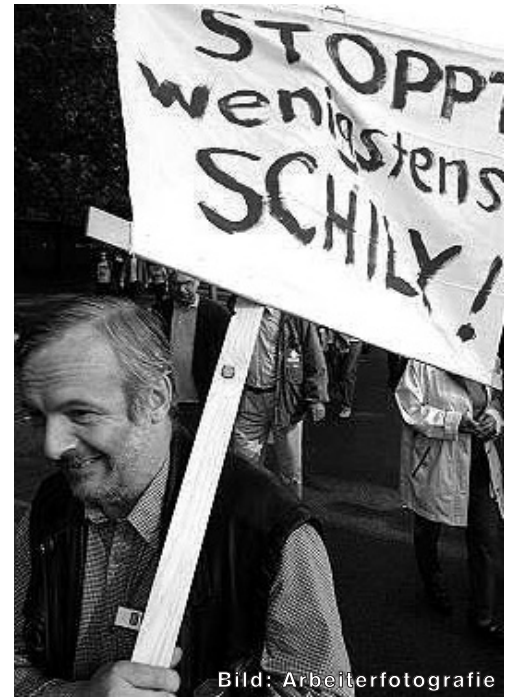


Bild: Arbeiterfotografie

sowie ihre willigen Vollstrecker in übermächtigen Staatsapparaten. Daraus zog man nach 1945 unter anderem zwei Lehren, die drohen, vergessen zu werden: die Trennung von Informations-/ Geheimdiensten und Polizei (sie sollte eine neue Gestapo verhindern) und eine föderalisierte Polizei an Stelle des Reichssicherheitshauptamtes.

Das Beispiel des Staatssicherheitsdienstes in der DDR zeigt, wie ein die Gesellschaft insgesamt durchdringende Sicherheitskrake das Gegenteil bewirkt. Sie löst alle Sicherheit und am Ende sogar diejenige des Sicherheitssystems selbst auf. Die aktuelle Situation belegt eindrücklich, wie töricht, kostenreich und fehlerorientiert der Wahn ist, mit geheimdienstlichen und gewalttätigen Sicherheitsapparaten selbst die mächtigsten Gesellschaften nach innen und nach außen schützen zu können.

Nicht die CIA, nicht das FBI, nicht die größte Militärmacht der Erde konnten die erste moderne Demokratie, die USA, vor den Anschlägen warnen, geschweige denn schützen. Es ist daher falsch, wenn deutsche und europäische Sicherheitspolitiker ihnen auf diesem Irrweg der milliardenschweren technologischen Aufrüs-

tung folgen wollen.

In einer Welt politischer, sozialer und kultureller Widersprüche gibt es keine einfachen Lösungen. Es gibt jedoch eindeutig falsche Lösungen.

Repression nach innen und außen erzeugt nur den Schein von Sicherheit und beschert allenfalls Pyrrhussiege. Sie ist nicht nur gegenüber der bundesdeutschen Bevölkerung unverantwortlich. Nur die mühsame Suche nach weltweit demokratischen und sozialen Lebensverhältnissen, welche zugleich den Boden von Grund- und Menschenrechten bilden, verspricht den legitimen Sicher-

Politikfeldanalyse • Innere Sicherheit in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft • Andy Müller-Maguhn, Sprecher Chaos Computer Club • Martin Hantke, JungdemokratInnen/ Junge Linke • Jan Schallaböck, Ralf Bendrath, Netzwerk Neue Medien

#### Rückfragen über:

RAV-Geschäftsstelle, Hohenzollernstr., 730161 Hannover, <http://www.rav.de>

Geschäftsführung (Berlin): Hannes Honecker, Tel. 030-6946950 Fax 030-21756005, Mail: [anwalt.honecker@t-online.de](mailto:anwalt.honecker@t-online.de)

oder:

HU-Bundesgeschäftsstelle (Tobias Baur), Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin Tel. 030-20 45 02- 56 (Fax: - 57) [info@humanistische-union.de](mailto:info@humanistische-union.de), <http://www.humanistische-union.de>

#### Kommentar des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS): Droht Einschränkung der Meinungsfreiheit?

## Die Welt nach dem 11. September 2001

Seit den Terror-Attentaten vom 11. September 2001 sind Intellektuelle in Deutschland vor ihrer eigenen Zukunft nicht mehr sicher. Wer immer es gewagt hat, nach politischen oder psychologischen Erklärungen für die Katastrophe zu fragen, vor Anti-Islamismus oder Krieg gegen Afghanistan zu warnen, Kritik an der Berichterstattung einiger Medien oder dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zu üben, kurz: in den kollektiven Ruf nach Rache nicht einzustimmen, ist als ideologisch verbohrt, feige, stupide oder besserwisserisch-moralisierend diffamiert worden, eine Kampagne, deren Opfer Peter Sloterdijk, Adrienne Goehler, Botho Strauß, Klaus Theweleit, Durs Grünbein, Noam Chomsky und nicht zuletzt auch der Verband deutscher Schriftsteller geworden sind.

Am härtesten traf es Roger Willemsen, den der Spiegel-Redakteur Reinhard Mohr im „Tagesspiegel“ vom 24. September als „durchgegeistigtes Sensibelchen“ bezeichnet, „das sich schon beim Explodieren eines Knallfroschs in die Hose machen würde“. Niemand hat gegen diese Entgleisung Einspruch erhoben. Galt es doch, die Bösen, die Zyniker, die Sympathisanten des Terrors abzustrafen, und dazu war jedes noch so unfaire Mittel Recht, sogar die in der FAZ aufgestellte Behauptung, dass dem immerhin 4000 Männer und Frauen starken VS „kaum noch Schriftsteller“ angehört, sondern nur trockene Funktionäre und Verwaltungsangestellte, die sich, so die WELT, statt um Literatur um ein neues Urhebervertragsrecht kümmern.

Doch die Vertreter des neuen „Antiamerikanismus“ (eine grobe Vereinfachung, die Kritik an Bush mit pauscha-

ler Amerika-Schelte gleichsetzt) ließen sich keineswegs zum Schweigen bringen, sondern äußerten sich besorgt über Verschärfung der Zuwanderungsgesetze, Aushöhlung des Datenschutzes, Einschränkung der politischen Meinungsfreiheit auch bei uns.

Worauf die FAZ noch am 8. Oktober konterte: „Gibt es auch nur das geringste Anzeichen, in Deutschland drohe die Zensur?“ Leider ja. Denn zur gleichen Zeit fielen Journalisten und Politiker nahezu geschlossen über den Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickert her, der aufgrund einer einzigen kritischen Äußerung über George Bush in der Zeitschrift „Max“ plötzlich „peinlich“, „untragbar“, ja politisch „gefährlich“ geworden war und von Angela Merkel in der „Bild am Sonntag“ zum Abschuss von der Fernsehbildfläche freigegeben wurde. Sogar die Vorstellung seines neuen Buches wurde von seinem Verlag, der Millionen an ihm verdient hat, über Nacht! abgesagt. Doch Wickert ist „lernfähig“ und wird sich künftig jeder politischen Meinungsäußerung enthalten. Michael Friedman darf unterdessen fortfahren, seine Fernseh-Talkshow zur Demonstration seiner politischen Meinung zu missbrauchen und Andersdenkenden rücksichtslos ins Wort zu fallen, ob sie nun Peter Scholl-Latour oder Alice Schwarzer heißen.

Seitdem George Bush Krieg gegen Afghanistan begonnen hat, einen Krieg, der viele zivile Opfer, darunter Frauen und Kleinkinder, fordern wird – die Vereinten Nationen sprechen von der schlimmsten humanitären Krise in der Geschichte des Landes – sind die Stimmen der Bush-Fans unter den Journalisten leiser geworden. Es klingen differenzierte, ja sogar deutlich ablehnende Töne an, in fast allen Sendern und den meisten Zeitungen, wenn sie nicht, wie von der hessischen Medienanstalt in Frankfurt/M., prophylaktisch verboten werden: eine für den 15. Oktober im offenen Kanal Frankfurt-Offenbach geplante TV-Diskussion mit dem Moderator Saeed Habibzadeh zum Thema „Krieg in Afghanistan“ wurde abgesetzt, weil sie die Gefahr berge, dass „verfassungs- und rundfunkrechtlich verbotene Dinge“ geäußert würden. Wo handelt es sich um Vorsicht, wo um (Selbst)-Zensur? Die Grenzen sind fließend. In Amerika wurde das Recht auf freie Meinungsäußerung bereits drastisch beschnitten. Mehrere Journalisten verloren seit dem 11. September ihre Arbeit, die Sendung „Politically Incorrect“ von Bill Maher darf in Washington D. C. nicht mehr ausgestrahlt werden, der Pressesprecher des Weißen Hauses hat angekündigt, dass Journalisten künftig „aufpassen müssen, was sie sagen und tun.“ Bleibt zu hoffen, dass diese Welle nicht auch zu uns überschwappt. Dass die politische Streitkultur, ein Teil der vielgepriesenen westlichen Zivilisation, erhalten bleibt.

Quelle: [www.verdi.de](http://www.verdi.de)



Bild: scc

heitsinteressen aller Menschen gerecht zu werden.

### „Der Sinn von Politik ist Freiheit.“

Hannah Arendt

#### Unterzeichnende der nachfolgenden Presseerklärung:

• Humanistische Union (HU), Vors. Dr. Till Müller-Heidelberg • Republikanischer Anwältinnen und Anwälteverein (RAV), Vors.: Wolfgang Kaleck • Internationale Liga für Menschenrechte, Präs. Wahied Wahdat-Hagh • Strafveteringervereinigungen, Organisationsbüro, Margarete v. Galen • Vereinigung Berliner Strafveteridiger, Rüdiger Portius • Redaktion Zeitschrift CILIP/ Bürgerrechte und Polizei, Norbert Pütter • Deutsche Vereinigung für Datenschutz (DVD) Sönke Hilbrans • Vereinigung Demokratischer Juristinnen u. Juristen (VDJ) Vors. Prof. Dr. Martin Kutscha • Komitee für Grundrechte und Demokratie, Spr. Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr • Volker Eick, Interdisziplinärer Arbeitskreis Innere Sicherheit (AKIS), Arbeitskreis



## Angriffe auf die Demokratie

Am 19. September, nur 8 Tage nach den Angriffen in Washington und New York, veröffentlichte die Bush-Regierung ihre neuen geplanten Antiterrorismugesetze (ATA), die einen neuen breitgefassten Straftatskatalog des inländischen Terrorismus definiert, eine massive Verschärfung der bestehenden Überwachungsgesetze ohne richterliche Überprüfung vorsieht und dem Justizminister neue und weitreichende Macht in die Hand gibt, Immigranten/Ausländer festzunehmen.

Nach geringfügigen Veränderungen wurde das Gesetzespaket Anfang Oktober vom Rechtsausschuss im Kongress mit 36 zu 0 Stimmen unter den Kürzeln PATRIOT verabschiedet. Die wesentlichste Veränderung, auf Druck der Demokraten im Ausschuss zustande gekommen, war eine zeitliche Begrenzung bis Ende 2003. Danach muss die Regierung die Verlängerung des Gesetzes beantragen.

Die Regierung nutzte die Zeit bis zur ersten Lesung des Gesetzes in Kongress und Senat, um die einzelnen Mitglieder beider Häuser unter Druck zu setzen, das Gesetzespaket schnell zu verabschieden. Zwischen Demokraten und Republikanern herrschten diesbezüglich große Einigkeit, der paritätisch besetzte Senat stimmte am 11. Oktober einer mit dem Kongress abgestimmten, etwas entschärften Version der neuen Gesetze mit 96 zu 1 Stimmen zu, nicht zuletzt, weil einiges im ATA schlichtweg verfassungswidrig war, wie die Washington Post berichtete. Das neue Gesetzespaket „Amerika vereinen und verstärken“ (Uniting and Strengthening America (USA) Act) wurde einen Tag später auch vom Kongress (mit 337 zu 79 Stimmen) verabschiedet. Es wird erwartet, dass das USA-Gesetz Ende Oktober endgültig verabschiedet wird.

Nach Aussagen der Bürgerrechtsorganisation ACLU könnten Demonstranten bei Angriffen gegen Regierungsgebäude nach den neuen Terrorismusgesetzen angeklagt werden. So wäre es möglich, dass für das Einwerfen einer Fensterscheibe drakonische Haftstrafen bis zu lebenslänglich verhängt werden könnten.

Bundespolizei und Nachrichtendiensten wird durch die bloße Behauptung, es sei für eine Untersuchung „relevant“, das Abhören von Telefon und Abfangen von eMails erheblich erleichtert. Außerdem wird die Gebietsbeschränkung aufgehoben,

eine in einem Bundesstaat einmal erteilte Genehmigung kann landesweit angewendet werden. Abhörgenehmigung werden personen- und nicht mehr apparatbezogen erteilt: Jeder Telefonapparat, den ein Verdächtiger benutzt, kann abgehört werden. Die richterliche Kontrolle über die legale Anwendung solcher Maßnahmen wird weitgehend außer Kraft gesetzt.

Gespeicherte elektronische Daten, Geschäftsunterlagen, Internetdaten, Telefonate usw. können beim leisesten Verdacht per Gerichtsbeschluss landesweit beschlagnahmt werden.

Die Definition von Computermisbrauch ist so breit gefasst, dass Spaßhacker ins Visier der Terrorfahndung gera-



**In vielen Städten der USA fanden, wie fast überall auf der Welt, an den letzten Wochenenden große und kleine Demonstrationen und andere Protestaktionen gegen den Krieg statt. Allein in Italien demonstrierten am 13.10. rund 200 000 Kriegsgegner. Bild: New York am 10.10.**

ten können oder öffentliche Bücherhallen und Internet-Cafés ihre Benutzer überwachen lassen können. Personen, die einem des Computerterrorismus Verdächtigen „wesentlich helfen“ oder diesen „beherbergen“, droht eine langjährige Haftstrafe sowie die Beschlagnahme ihres Vermögens.

Nach geltendem Recht dürfen die Gerichte unter besonderen Umständen geheime Untersuchungen für bestimmte Straftaten zulassen, der Betroffene wird erst später von der Untersuchung in Kenntnis gesetzt. Die neuen Antiterrorgesetze erlauben den Strafverfolgungsbehörden, bei jeder Straftat eine geheime Untersuchung zu beantragen.

Alle im Ausland gesammelten Informationen dürfen an zivile und militärische Geheimdienste, die Immigrationsbehörde und die Polizei weitergegeben werden. Bei vagem „Grund zur Annahme“, dass ein Nicht-US-Bürger die „nationale Sicherheit gefährden ... könnte“, kann auf Geheiß der Oberste Bundesanwalt diesen bis zu sieben Tage, in Ausnahmefällen für eine unbestimmte Zeit, ohne Kontakt zur Außenwelt festhalten.

Ausländische Mitglieder von inländischen Gruppen, die als terroristisch klassifiziert werden, können ausgewiesen

werden, auch wenn sie Asyl wegen nachweislich politischer Verfolgung in ihrem Heimatland bekommen haben. Die Unterstützung von legalen Aktivitäten einer „terroristischen Organisation“ ist Grund zur Ausweisung, auch wenn die Unterstützung erfolgte, bevor die Organisation als terroristisch klassifiziert wurde und die Unterstützung da noch legal war.

Eine Vorahnung der Auswirkungen liefert ein Bericht der Washington Post von 15. Oktober über die Lage einiger der 698 nach dem 11. September aus dem Mittleren Osten stammenden verhafteten Menschen. „Sie haben keine Kontakte untereinander oder mit ihren Familien und sehr eingeschränkter Zugang zu ihren Anwälten. Ihre Namen tauchen auf keinem der Öffentlichkeit zugänglichen Register von Bundesgefängnissen auf. Es gibt in keiner Gerichtsprozessliste in New York Hinweise auf ihre Verhaftung, noch wer sie vertritt oder über den Status ihres Falles. Die Behörden sagen quasi nichts über die Häftlinge im Metropolitan Correctional Center oder die Hunderte im Laufe der Untersuchung Festgenommenen. Das Justizministerium hat sich sogar geweigert, ihren Anwälten die Namen zu nennen. Es ist außerdem nicht bekannt, ob die Festgenommenen ‚Mitverschwörer‘, wichtige Zeugen oder lediglich Menschen sind, die Informationen haben könnten,“ weil sie zufälligerweise die Flugzeugattentäter trafen. „Einige diese Menschen haben nichts anders Gemacht, als jemanden im Auto mitzunehmen“, wird einer der nicht genannten führenden Verfolgungsbeamten zitiert.

„Die Regierung verlässt sich auf zwei Methoden in der Terroruntersuchung: Verletzung der Immigrationsgesetze und das Gesetz für unentbehrliche Zeugen.“ Im Fernsehen sagte Justizminister Ashcroft: „Es gibt einige Leute, die wir als unentbehrliche Zeugen festgenommen haben ... Das sind Leute, bei denen wir zum Richter gehen und sagen, es sei wichtig, dass ... sie festgenommen werden.“

Frances M. Beal vom Black Radical Congress sagte: „Noch schlimmer ist, dass sogar Menschen, die es besser wissen sollten, inklusive einiger Afroamerikaner, ihre Augen schließen gegenüber den drakonischsten Angriffen gegen die Demokratie in diesem Land seit den düsteren Tagen der McCarthy-Ära. Noch wichtiger: Wie können schwarze Amerikaner, die ein begrenztes Wissen ihrer eigenen Geschichte haben, wirklich glauben, dass die Untergrabung fundamentaler Verfassungsrechte bei arabischen Amerikanern und Muslimen aufhören wird? Wenn sie das tatsächlich glauben sollten, dann wurden die Lehren aus COINTELPRO, als das FBI aktiv intervenierte und die schwarze Befreiungsbewegung zerschlug, nicht verstanden.“

SPG, aus: Angehörigen Info 251/252; Quelle: [www.aclu.org](http://www.aclu.org) – [www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)





*Nach einem Bericht des südafrikanischen medizinischen Forschungsrates ist inzwischen ein Viertel aller Todesfälle in Südafrika auf Aids zurückzuführen. Damit wurde Aids zur Todesursache Nummer eins. In der Altersgruppe der 15- bis 49-Jährigen ist Aids sogar die Ursache von etwa 40% der Todesfälle. Dem Bericht zufolge muss befürchtet werden, dass in Südafrika bis zum Jahr 2010 zwischen 5 und 7 Millionen Menschen an Krankheiten sterben, die auf Aids zurückzuführen sind. In diesem Zeitraum werde die durchschnittliche Lebenserwartung erheblich, um mindestens fünf, womöglich aber sogar um bis 16 Jahre zurückgehen. Von den heute 15-Jährigen drohe jeder Zweite an Aids zu sterben. – Kritiker weisen allerdings seit langem darauf hin, dass unter dem Kürzel Aids die alten Begleitscheinungen der Armut, d.h. Krankheiten wie Tuberkulose, Zustände wie Mangelernährung, Vergiftungserscheinungen wie durch Pestizide, Nebenwirkungen wie von Medikamenten zusammengefasst werden.*

## Paris: 40 Jahre nach Massaker Gedenktafel enthüllt

Mit der Enthüllung einer Gedenktafel ist jetzt erstmals offiziell in Frankreich der algerischen Opfer des Massakers von 1961 gedacht worden. Der sozialistische Bürgermeister von Paris enthüllte die Gedenktafel, deren Text mehrfach geändert worden war, die rechte Opposition blieb der Feier aus Protest wegen angeblicher „geschichtsklitternder Einseitigkeit“ fern. Tatsache ist, dass das Massaker vom Oktober 1961 lange Zeit geleugnet und totgeschwiegen wurde.

Im Oktober 1961 hatte der damalige Polizeipräfekt von Paris Papon, der als vormaliger Vichy-Funktionär für die Deportation von 1700 Juden verantwortlich war und viel später deshalb verurteilt wurde, eine nächtliche Ausgangssperre für alle „muslimischen Franzosen aus Algerien“ verhängt. In Algerien wütete die für die Aufrechterhaltung des Kolonialstatus mordende französische Geheimorganisation OAS, im Gegenzug organisierte die algerische Befreiungsorganisation FLN Anschläge auch in Frankreich. Gegen die Ausgangssperre demonstrierten am 17. Oktober 1961 rund 30.000 Algerier, darunter viele Frauen und Kinder. Sie liefen in eine kaltblütig gestellte Polizeifalle, wurden zu Tausenden zusammengetrieben, in den U-Bahnen abgefangen, in Autobusse gepfercht und zur Polizeipräfektur, in zwei Sportstadien und auf ein Ausstellungsgelände transportiert. Schon beim Zusammentreiben

davon, über das Massaker wurde Jahrzehnte Stillschweigen bewahrt oder auch verhängt. Vor zwei Jahren versprach die französische Regierung die Öffnung der Archive, viel ist seither nicht geschehen.

## Österreich: Gewerkschaftsbund führte Urabstimmung durch

Über 800.000 Lohnabhängige, 56,5% aller Gewerkschaftsmitglieder, beteiligten sich an der ersten vom Österreichischen Gewerkschaftsbund ÖGB durchgeführten Urabstimmung. Den Gewerkschaftsmitgliedern waren sechs Forderungen vorgelegt worden, über die sie befinden sollten, u.a.: Ob die österreichische Sozialpartnerschaft gestärkt und die Mitbestimmung auf alle Bereiche der Arbeitswelt ausgeweitet, ob die Pflichtversicherung beibehalten und ob Lohnerhöhungen und Arbeitszeiten auch zukünftig in Kollektivverträgen geregelt werden sollen. Weiterhin standen die Forderung nach einer Bildungsoffensive und offenen Bildungszugang ohne soziale Barrieren sowie nach Stopp des Ausverkaufs öffentlichen Eigentums zur Diskussion. Alle Forderungen fanden eine Zustimmung von knapp unter bzw. deutlich über 90%. Auf die abschließende Frage: Soll der ÖGB zur Durchsetzung seiner Forderungen in Verantwortung für die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen notfalls auch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen ergreifen? antworteten 88% aller an der Abstimmung

Teilnehmenden mit Ja! Der Gewerkschaftliche Linksblock bewertet das Ergebnis der Urabstimmung als Erfolg, die österreichische Regierung können nun nicht mehr weiter die Meinung der Gewerkschaften und der von ihnen vertretenen Lohnabhängigen ignorieren. Die Gewerkschaften seien mit der Urabstimmung beauftragt, in den kommenden schwierigen Konfrontationen die notwendigen Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik zu ergreifen.

## Wahlen im Kosovo und neue Erpressungen des Westens

Am 17. November soll im Kosovo gewählt werden. Im Vorfeld trafen sich auf Einladung einer amerikanischen Nichtregierungsorganisation Vertreter albanischer Parteien (Rugova und Thaci) mit Vertretern der serbischen Bevölkerungsgruppe im Kosovo sowie der serbischen Regierung. Die serbischen Politiker machen die Beteiligung an den Wahlen von mehreren Bedingungen abhängig, vor allem davon, dass endlich mehr Sicherheit für die nichtalbanische Bevölkerung hergestellt und die zahllosen Fälle vermisster Personen aufgeklärt werden. Offensichtlich haben die für das Kosovo Verantwortlichen die Durchsetzung dieser legitimen Forderungen nicht zugesichert, so dass bisher noch offen ist, ob sich die serbische Bevölkerungsgruppe an den Wahlen beteiligen wird. Die Serben befürchten, dass die Wahlen eine Vorentscheidung für die Lostrennung des Kosovo bedeuten könnten. Derweil teilte der serbische Ministerpräsident Djindjic mit, dass die im sog. Pariser Club zusammengekommenen Gläubiger Serbien zugesagt hätten, zwei Drittel der Schulden im Gesamtvolumen von 4,4 Mrd. \$ zu erlassen, wenn die Regierung die Beteiligung an den Wahlen empfehle.

## Österreich: Nationaler Sicherheitsrat ins Leben gerufen

Mitte Oktober einigten sich die Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ mit den oppositionellen SPÖ und den Grünen über die Schaffung eines „Nationalen Sicherheitsrates“, der künftig die Regierung in Angelegenheiten der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik beraten wird. Ihm gehören neben dem Kanzler und weiteren Mitgliedern des Kabinetts ein Abgesandter des Bundespräsidenten sowie elf Delegierte aus dem National- und Bundestag an. Eine der Hauptaufgaben des Nationalen Sicherheitsrates wird Presseberichten zufolge die Befassung mit den „Beistandsverpflichtungen Österreichs als Mitglied der Europäischen Union und der UNO“ sein sowie die Konzipierung einer „zeitgemäßen Sicherheitsdoktrin“ und die „Diskussion über Österreichs Neutralität“. (NZZ, 15.10.)

Zusammenstellung: scc

BERLIN. Am 13. Oktober demonstrierten in Berlin, Stuttgart, München und anderen Städten über 80.000 Menschen. Aus allen Teilen der BRD kamen 50.000 nach Berlin, die, in einem breiten Friedensbündnis vereint, ihre Ablehnung gegen die Bombardierung Afghanistans und ihren Protest gegen die amerikanisch-britischen Militärschläge ausdrückten. Für einen Zwischenfall sorgten NPD-Anhänger, die am Französischen Dom ein Transparent aufhängten. Die Neonazis hatten angekündigt, sich an der Demo zu beteiligen. In einer Erklärung lehnten die 160 Aufrufer zur Demo jegliche Teilnahme nationalistischer, rassistischer und chauvinistischer Kräfte ab. Der Abriss des Transparentes durch einen Demo-Teilnehmer wurde von den Anwesenden mit Jubel aufgenommen. Eine Sprecherin der Veranstaltung dankte in ihrer Stellungnahme der Fraktion der PDS im Bundestag für die Ablehnung der Militäreinsätze und drückte gleichzeitig die Hoffnung aus, dass „das auch so bleibt, wenn Ihr in der Regierungsverantwortung steht.“ Schauspielerin Käthe Reichel zitierte Brechts Worte zu Karthago. Das habe drei Kriege geführt. Nach dem ersten sei es noch mächtig gewesen, nach dem zweiten noch bewohnbar, nach dem dritten nicht mehr auffindbar. *abe*



Bild aus Berlin 13.10.2001: www.arbeiterfotografie.com

## Aus der Abschlusserklärung der Friedensdemonstration in Berlin

BERLIN. „Schon nach wenigen Tagen Krieg hat sich herausgestellt, dass von den Bomben- und Raketenangriffen wieder vor allem die Zivilbevölkerung getroffen wird. Wir fordern die Ausweitung der humanitären Hilfe und ein Wiederaufbauprogramm unter Leitung der Vereinten Nationen.“

Zu befürchten ist, dass sich die Spirale aus Terror und Krieg, Gewalt und Gegengewalt weiter drehen wird. Und diese Spirale wird begleitet sein von einem neuen Rüstungswettlauf, der von dem ebenso unsinnigen wie sündhaft teuren US-Raketenabwehrsystem weiter angeheizt wird. Wir sind gegen die Aufrüstung im Weltraum! Wir sind gegen den Rüstungsexport und die Produktion neuer Waffen hier bei uns!

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik hat stets vor der Eskalationsgefahr bei Militäreinsätzen gewarnt und eine grundsätzlich andere Politik angemahnt. Eine solche Politik besteht im Kern darin, dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen, auf dem er gedeiht. Dazu müssen die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen von Elend, Verzweiflung und Ausgrenzung beseitigt, soziale Gerechtigkeit hergestellt und den Menschen überall in der Welt Perspektiven angeboten und Mitwirkungsrechte an der Gestaltung ihres Lebens gegeben werden. Dies ist die langfristige Perspektive.

Aber auch kurzfristig hätte es Alternativen zum Krieg gegeben: Ein Auslieferungsantrag an das Regime in Afghanistan hätte wirkungsvoller vorgetragen und umgesetzt werden können, wenn man ihn über die Arabische Liga oder über die OIC, die Organisation der Islamischen Konferenz gestellt hätte. Die OIC vertritt etwa eine Milliarde Menschen aus 57 Ländern. Die Friedensbewegung fordert auch, die so genannte „Allianz gegen den Terrorismus“ bei der

UNO unter gleichberechtigter Mitwirkung der islamischen Staaten anzusiedeln. Zur Aburteilung von überführten terroristischen Straftätern soll der künftige Internationale Gerichtshof ermächtigt werden. Leider wird der erbitterteste Widerstand gegen dieses Gericht von der Regierung der USA geleistet.

Die Friedensbewegung warnt vor den innenpolitischen Auswirkungen der teils beschlossenen, teils diskutierten Antiterror-Maßnahmen. Ein Generalverdacht gegen islamische Gruppierungen und die Diskriminierung von Moslems sind das Gegenteil von Terrorismusbekämpfung, sie sind vielmehr die Vorstufe zu neuen gesellschaftlichen Konfrontationen.

Statt militärischer Beteiligung erwarten wir von der Bundesregierung Zivilcourage, Mut zur Kritik und Mäßigung gegenüber den NATO-Partnern und die Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern dieser Erde.“ *www.demo1310.de*

## Demonstration gegen Berlusconi auf dem CSU-Parteitag in Nürnberg

NÜRNBERG. Am 12./13. Oktober fand in Nürnberg ein Aktionswochenende gegen den Parteitag der CSU und den Gastauftritt Silvio Berlusconis statt. Trotz Absage Berlusconis beteiligten sich am Samstag 3000 Menschen an der Demonstration unter dem Motto „Dem rechten Schul-

terschluss entgegentreten – Antikapitalismus globalisieren“. Bereits tags zuvor beteiligten sich 500 Menschen an einer Kundgebung vor dem CSU-Parteitag an der Frankenhalle. Ca. 5000 Polizeibeamte aus mehreren Bundesländern verwandelten die Stadt in polizeistaatähnliche Verhältnisse. Die Stadt Nürnberg ließ über das gesamte Wochenende das Kulturzentrum K4 (ehemals KOMM) schließen, an dem Samstagabend ein Konzert/Party unter dem Motto „Tanz den Berlusconi“ stattfinden sollte. Berichte, Fotos und Reden werden dokumentiert im Netz: *www.stoppt-berlusconi.de*

## Polizeirazzia nach online-Demonstration gegen www.lufthansa.com

FRANKFURT A.M. Polizeibeamte brachen am 17.10.2001 die Büroräume der Initiative Libertad! auf und beschlagnahmten sämtliche Computer sowie zahlreiche Festplatten, CDs und Dokumente. Hintergrund ist eine Online-Demonstration, zu der die Initiative Libertad! am 20. Juni diesen Jahres aufgerufen hatte, um gegen Abschiebungen mit der Deutschen Lufthansa AG zu protestieren. Etwa zehntausend AbschiebegegnerInnen und NetzaktivistInnen beteiligten sich am 20. Juni 2001 an einer Online-Demonstration gegen das Abschiebegeschäft der Lufthansa AG, die parallel zu Protesten auf der Aktionärsversammlung des Konzerns stattfand. Mithilfe einer eigens programmierten Software gelang es, die Lufthansa-Internetpräsenz massiv zu beeinträchtigen. Die Aktion erreichte eine breite Unterstützung und regte Diskussionen in der Öffentlichkeit an.

Weil der Lufthansa durch die über 1,2 Millionen Seitenaufrufe nicht näher ausgewiesener wirtschaftlicher Schaden entstanden sei, wertet die Polizei die Online-Aktion als „Nötigung“ und die Erklärung, mit der 150 Menschenrechtsgruppen und Flüchtlingsräten zu dem Protest aufgerufen hatten, als „Anstiftung zu Straftaten“. „Das ist ein Angriff





auf die Demonstrationsfreiheit“, erklärte Anne Morell, die die Online-Demo schon am 10. Mai 01 beim Ordnungsamt Köln ordnungsgemäß angemeldet hatte. „Es ist skandalös, dass 13.000 DemonstrantenInnen zu Kriminellen gestempelt werden, während gleichzeitig ein Unternehmen, das aus Abschiebungen Profit schlägt, im Internet ihren Geschäften nachgehen kann“, empört sich die Online-Aktivistin. [www.indymedia.de](http://www.indymedia.de)

## Friedensfeuer brennen wieder

GREIFSWALD, STUBBENDORF, DARGUN. Nachdem das Friedensfeuer von Greifswald viele Tage ununterbrochen brannte und über 2400 Unterschriften gegen Krieg und Eskalation zusammengekommen waren, wurde es mit den ersten Angriffswellen gegen Afghanistan gelöscht. Eigentlich sollte der Gedanke eines durchs Land wandernden Mahnfeuers auch in anderen Städten umgesetzt werden. Bisher leider ohne Erfolg. Nun haben die „Europäische Kooperative Longo mai“ vom Hof Ulenkrug aus Stubbendorf und Stubbendorfer selbst diese Idee erneut aufgegriffen. Angeregt von der Greifswalder Erklärung „Trauer ja – Krieg nein“ hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Stubbendorf am 17. Oktober einstimmig eine Erklärung für den Frieden verabschiedet. In ihr werden insbesondere Gemeinden als Fundament demokratischer Gesellschaftsordnung aufgefordert, sich öffentlich für die Erhaltung des Friedens einzusetzen. „Diejenigen, die die menschenverachtenden Anschläge in den USA verübt haben, müssen verfolgt und vor Gericht gestellt werden. Dafür braucht es keinen Krieg. Durch ihn wird die Sicherheit unseres Landes gefährdet. Terror kann nur dann wirksam bekämpft werden, wenn es gelingt, ihm den politischen, sozialen und ökonomischen Nährboden zu entziehen“ heißt es in der Stubbendorfer Erklärung. Außerdem hat sich am 16. Oktober in Dargun ein Friedensforum gegründet. Dort wird ebenfalls ein Feuer als Mahnung für den Frieden brennen.

Aus den aktuellen Nachrichten von „like-deeler“, Zeitschrift für Greifswald [www.likedeeler-online.de](http://www.likedeeler-online.de)

## Bundestreffen der Konsequenten Kriegsdienstverweigerer

HAMBURG. Das jährlich stattfindende Bundestreffen der konsequenten Kriegsdienstverweigerer fand dieses Jahr vom 19.10.–21.10.01 in Hamburg statt. Etwa 35 Teilnehmer waren der Einladung der Gruppe konsequenter Kriegsdienstverweigerer „die Desertöre“ gefolgt. Einen besonderer Schwerpunkt nahm in diesem Jahr die internationale Totalverweigererbewegung ein, als Referent sprach Andreas Speck von War Resisters International (WRI). Selbstverständlich wurden auch die Anschläge in den USA und deren Folgen aus einer antimilitaristi-

schen Perspektive beleuchtet und ein Desertionsaufruf an die Soldaten aller beteiligten Kriegsparteien verabschiedet. In der Erklärung heißt es: „Das bundesweite Treffen der Totalen Kriegsdienstverweigerer verurteilt den Krieg gegen Afghanistan und ruft alle Soldaten zur Desertion auf. Weder Kriege noch Terroranschläge können zur Lösung von Konflikten führen. Krieg kann niemals Gerechtigkeit oder Freiheit bringen, er produziert immer Gewalt und Unterdrückung. Dies gilt auch für den Krieg gegen Afghanistan. Parallel zu dieser Entwicklung wird die Militarisierung im Inneren der beteiligten Staaten weiter betrieben. In der BRD wird dies besonders in den sogenannten „Anti-Terror-Paketen“ von Innenminister Otto Schily deutlich, die massiv grundlegende Rechte aller angreifen. Wir fordern dazu auf, sich diesen Entwicklungen entgegenzustellen. Für uns bedeutet das, nicht nur den Kriegsdienst sondern jeden Zwangsdienst zu verweigern. Das militärische System stützt sich nicht nur auf die direkt beteiligten Soldaten, sondern auch auf Ersatzdienstleistende, die im Rahmen zivil-militärischer Zusammenarbeit die Kriegsführung aktiv unterstützen.“ [www.nadir.org/nadir/aktuell/](http://www.nadir.org/nadir/aktuell/)

## Protest gegen flächendeckende Ermittlungen nach § 129

LEIPZIG. Rund 500 Menschen aus der Leipziger linken und Alternativszene protestierten am 14.10.2001 mit einer Demonstration zur Staatsanwaltschaft unter dem Motto: „Systemcheck: Unser Staat ist in Ordnung“.

Wie aus einer Antwort des Sächsischen Justizministers Manfred Kolbe vom 31. Mai 2001 auf Anfrage des PDS-Landtagsabgeordneten Steffen Tippach zu erfahren war, wurden im Zeitraum vom 2. April 2000 bis zum 9. Mai 2001 im Zuge eines von der Staatsanwaltschaft Leipzig eingeleiteten Ermittlungsverfahrens „wegen des Verdachts der Bildung krimineller Vereinigungen“ (Minister Kolbe) nach § 129 StGB in der gesamten Leipziger linken und Alternativszene umfangreiche Ermittlungen durchgeführt. „Mangels hinreichenden Tatverdachts“ wurde das Verfahren am 9. Mai 2001 eingestellt. Aus Protest gegen die Ermittlungen fand am 14. Oktober die Demonstration statt. Dazu Stefanie Wege: „Wir werden nicht demonstrieren, weil wir hier einen Justizskandal wittern oder uns ungerecht behandelt fühlen. Nein, wir wollen verdeutlichen, dass eine solche willkürliche Schnüffelp Praxis zum

Standard eines Rechtsstaates gehört und der Staat Bundesrepublik so also völlig in Ordnung ist, wie das Motto der Demonstration ausdrückt. Außerdem wissen wir auch, was wir davon zu halten haben, wenn es auf Betreiben des Sächsischen Innenministeriums nun seit einigen Tagen eine Sonderkommission mit dem martialischen Namen „Militante Autonome Gewalttäter“ (MAG) gibt. Es wäre verwunderlich, wenn deren Tätigkeit in erster Linie gegen genau diese Klientel sich richten würde, denn die gibt es nämlich gar nicht so richtig, wie die Ermittlungen nach § 129 unglücklicherweise trotz riesigem Aufwand ergeben haben. Die MAG gibt es also in erster Linie deswegen, um mutmaßliche Linke oder Alternative erst zu sogenannten Gewalttätern hochzustilisieren, weil es erstens ins politische Kalkül paßt und zweitens die Arbeitsplätze der Beamten sichert. Wer wirklich glaubt, es ginge in erster Linie um „militante autonome Gewalttäter“, kennt sich nicht in der Geschichte der Bundesrepublik aus und glaubt noch an den Klapperstorch in der Politik.“ [www.free.de/antifa-leipzig](http://www.free.de/antifa-leipzig)

## 9. November 2001: Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg

LEVERKUSEN. Wie in vielen anderen deutschen Städten, findet in Leverkusen im Gedenken an die antisemitischen Pogrome vom 9. November 1938 eine Demonstration statt. In dem Aufruf des Antifaschistischen Forums heißt es zum



Schluss: „Die Krieg dem Terror-Politik hat auch innerstaatliche Auswirkungen. Die vorgebliche Bekämpfung des Terrorismus führt jedoch in erster Linie zu einer Einschränkung der Bürgerrechte, einer zunehmenden Aufweichung des Datenschutzes und zu einer weiteren, gesetzlich legitimierten Diskriminierung von Menschen anderer Nationalität. Dies gibt uns am 63. Jahrestag der Reichspogromnacht Grund, gegen ein vereinfachendes Welt- und Menschenbild vorzugehen, das in eine zivilisierte/gute und eine unzivilisierte/böse Welt und Menschheit unterteilt. Solidarität mit den Opfern von Terror, Krieg und rassistischer Gewalt! Gegen rassistische Hetze!“

Antifaschistisches Forum Leverkusen



## Universitäten:

# Widerstand gegen rassistische Rasterfahndung wächst

Die Rechtmäßigkeit der bundesweiten Rasterfahndung wird voraussichtlich gerichtlich überprüft.

Der freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs), der 780.000 Studie-

rende vertritt, erklärte Mitte Oktober in Berlin, bundesweit würden Studenten gegen die Überprüfung ihrer Daten Klagen einreichen.

Der fzs fordert den sofortigen Stopp der

Rasterfahndung bundesweit und verlangt, dass die bereits Betroffenen informiert und die erhobenen Daten gelöscht werden. In diesem Sinne werden viele ASten jetzt aktiv.

## AStA und Fachschaft erwägen Klage gegen das Studentenwerk

AACHEN. Am 4. Oktober hat sich die wichtigste studentische Interessenvertretung in Aachen den bundesweiten Protesten gegen die Rasterfahndung zu Lasten arabischer und muslimischer KommilitonInnen angeschlossen: Der AStA der RWTH sprach sich in einer Presseerklärung eindeutig gegen diese umstrittene Fahndungsmethode aus. Die Rasterfahndung führe „mit Sicherheit zur Ausgrenzung und Verfolgung gänzlich Unschuldiger aufgrund von rassistischen Ressentiments“.

Auch die Fachschaft Philosophie an der RWTH hat ihren Protest verschärft. Vorwürfe wurden von dieser Seite nun auch gegen das Studentenwerk laut. Bereits Ende September erreichte das Studentenwerk Aachen eine Anfrage nach einem Bewohner des Studentenwohnheims Rütcher Straße, von dem nur der (arabisch klingende) Vorname bekannt war. Das Studentenwerk gab darauf nicht nur Informationen zu Menschen mit dem entsprechenden Vornamen, sondern eine Liste mit allen BewohnerInnen des Wohnheims, aufgeschlüsselt nach Nationalitäten, heraus. Werner Stark, Geschäftsführer des Studentenwerkes bemerkte dazu lapidar: „Ich glaube nicht, dass unsere Mitarbeiter sich bei dieser Polizeianfrage Gedanken über Datenschutz gemacht haben“. Fachschaft und AStA prüfen derzeit rechtliche Schritte gegen diese Vorgehensweise.

Ebenfalls am 4. Oktober wurde ein Schreiben des Ministeriums für Schule, Wissenschaft und Forschung (MSWF) Nordrhein-Westfalen an die FH Aachen und vermutlich alle nordrhein-westfälischen Hochschulen bekannt. Die unmittelbar bevorstehende Rasterfahndung wird angekündigt und offenbar gutgeheißen: „Wir bitten Sie und alle Verantwortlichen in Ihren Hochschulen, insbesondere die Angehörigen der Studierendensekretariate um Ihre aktive Unterstützung“.

Hilfe für potenziell von der Rasterfahndung betroffene StudentInnen bieten die ASten an RWTH und FH an. In speziellen Sprechstunden können die arabischstämmigen und muslimischen KommilitonInnen sich dort über mögliche juristische Mittel informieren. Desweiteren werden Hinweise zum Umgang mit den verstärkten rassistischen Anfeindungen an den Hochschulen gegeben.

[www.asta.rwth-aachen.de](http://www.asta.rwth-aachen.de)



## PDS-Ratsmitglied fordert Rektoren auf, den Datenschutz zu erhalten

DÜSSELDORF. Die Innenbehörden der Länder haben nach Informationen der PDS Hochschulen bundesweit dazu aufgefordert, Daten „arabischer“ Studierender aus bestimmten Herkunftsländern an die Polizei weiterzugeben. Dazu erklärt PDS-Ratsmitglied Frank Lauburg: „Ich habe heute die Rektoren der Universität und der Fachhochschule Düsseldorf aufgefordert, der pauschalen Aufforderung durch die Innenbehörden keine Folge zu leisten. Die pauschale Verdächtigung „arabischer“ Studierender, potenzielle Komplizen von Terroristen zu sein, ist ein Skandal. Jedem, der in diesen Tagen zur Besonnenheit aufruft und sich gegen Angriffe auf Muslime wendet, schlagen die Innenbehörden damit ins Gesicht. Zudem ist die Aufforderung rechtswidrig. Personenbezogene Daten dürfen nur dann von einer Stelle zu einer anderen weitergegeben werden, wenn der Betroffene ausdrücklich zustimmt und wenn es einen eindeutigen, begrenzten Zweck gibt. Beide Voraussetzungen sind hier nicht erfüllt. Eine Datenweitergabe durch die Hochschulen würde somit die verfassungsrechtliche Garantie der informationellen Selbstbestimmung verletzen. Sollten an den Düsseldorfer

Hochschulen entsprechende Daten abgefragt und weitergegeben werden, werde ich Klagen betroffener Studentinnen und Studenten unterstützen.

Ich gehe davon aus, dass die Düsseldorfer Studierenden-Vertretungen ebenfalls mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Verstöße gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung vorgehen werden. Die Datenschutzbeauftragten an den Hochschulen müssen unverzüglich einschreiten.“

[www.asta-fhd.de](http://www.asta-fhd.de)

## AStA unterstützt Beschwerde eines Studenten gegen Rasterfahndung

MÜNSTER. Am Montag dem 8. Oktober reichte ein arabischer Student der Uni Münster beim Düsseldorfer Amtsgericht Beschwerde gegen die Durchführung der Rasterfahndung ein. Das Gericht hatte am 2. Oktober beschlossen, die Rasterfahndung in Nordrhein-Westfalen zu genehmigen. Im Zuge der Rasterfahndung sollen auch die Daten der islamischen und arabischen Studierenden der Uni Münster durchleuchtet werden, um sogenannte Schläfer aufzuspüren. In der AStA-Erklärung heißt es: „Wir unterstützen die Beschwerde des 25-jährigen BWL-Studenten, da wir fürchten, der Generalverdacht, der der Rasterfahndung zu Grund liegt, könne dazu beitragen, dass in der Bevölkerung Vorurteile und Feindlichkeit gegenüber moslemischen und arabischen Studierenden entstehen und vertieft werden. So berichten Betroffene bereits davon, dass es ihnen aufgrund ihrer Herkunft und Religion unmöglich ist, Wohnungen zu finden. Außerdem bezweifeln wir, dass eine Rasterfahndung erfolgreich sein kann, da entsprechende Kriterien zu vage sind und annähernd auf jeden männlichen, islamischen Studenten zutreffen. Es ist höchst fragwürdig, ob ein Schläfer in der Datenflut ausfindig zu machen ist. Desweiteren sieht der AStA in der Rasterfahndung einen Massengrundrechtseingriff, der unverhältnismäßig ist, da er tausende Unschuldige in einen strafrechtlichen Kontrollprozess einbezieht. Wir glauben, dass der Rechtsstaat genug Mittel gegen eine terroristische Gefährdung zur Verfügung hat – und mit dieser Meinung stehen wir nicht allein. Wir als Studierendenvertretung sehen es als unsere Aufgabe an, betroffene Studierende in ihrem Bemühen gegen diese Maßnahme zu unterstützen.“

[www.uni-muenster.de/Studierenden-schaft/](http://www.uni-muenster.de/Studierenden-schaft/)

## Alle männlichen Einwohner NRWs zwischen 18-40 Jahren betroffen

ESSEN. Das Amtsgericht Düsseldorf hat mit einem Beschluss verfügt, im Zuge der so genannten „Rasterfahndung“ die Daten sämtlicher männlicher Einwohner NRWs zwischen 18 und 40 Jahren an die Ermittlungsbehörden zu weiterzuleiten. Damit nehmen die Fahndungsmaßnahmen ungeahnte Ausmaße an. An den Hochschulen sollen die Daten aller männlichen Studierenden mit Geburtsdatum zwischen dem 1.10.1960 und dem 1.10.1983 und des Immatrikulationszeitraums (Einschreibung an der Hochschule) zwischen dem 1.1.1996 und dem 1.10.2001 übermittelt werden.

Der Allgemeine Studierendenaus-

schuss der UGH Essen hält dieses Vorgehen für extrem bedenklich. Diese Form der Fahndung ist von ihrer Anlage her diskriminierend. Wir befürchten, dass ausländische Studierende in Deutschland jetzt den Rücken zukehren könnten. „Das Klima an den Hochschulen ist schon jetzt extrem strapaziert. Auch in Essen gab es schon uniformierte Polizeibeamte, die ohne Anmeldung auftauchten. Dass in der Öffentlichkeit ausländische Kommilitonen – grundlos – zunehmend misstrauisch beäugt werden, ist an unserer Wohnungsvermittlung zu bemerken. Immer mehr VermieterInnen weigern sich an ausländische Kommilitonen zu vermieten“, erklärt Silvia Hinz, Antirepressionsreferentin im Essener AStA.

Der AStA fordert vom Essener Rektor-

rat, die Daten von Kommilitonen nur auf ausdrückliche richterliche Anordnung weiterzugeben und die Studierenden oder ihre gewählten VertreterInnen über die Weitergabe zu informieren.

Von der Landesregierung fordert der AStA die Einstellung der sogenannten Rasterfahndung. Mindestens aber eine zeitliche Begrenzung der Maßnahme mit anschließender öffentlicher Analyse der Ergebnisse. Außerdem eine Einbeziehung der Datenschutzbeauftragten als Ombudsfrau in den gesamten Prozess.

Die Bundesregierung fordert der AStA erneut auf, die Debatte um das AusländerInnengesetz um mindestens 2 Jahre zu verschieben, um die Debatte unbeeinflusst führen zu können.

[www.asta.uni-essen.de](http://www.asta.uni-essen.de)

### Amtsgericht Düsseldorf

#### 151 GS 4092/01 – Beschluss 2.10.01

In dem polizeilichen Verwaltungsverfahren betreffend terroristische Gewaltverbrechen durch Angehörige islamischer Gruppierungen wird auf Antrag des Polizeipräsidenten Düsseldorf gemäß § 31 Abs. 1, 2, 4 PolG NW die Übermittlung der nachstehend aufgeführten personenbezogenen Daten durch die nachfolgenden öffentlichen oder privaten Stellen nach den aufgeführten Kriterien angeordnet:

**1. Einwohnermeldeämter in Nordrhein-Westfalen, Adressat: alle Einwohnermeldeämter in Nordrhein-Westfalen:** Kriterien der Personenselektion: männlich, Geburtsdatum zwischen 01.10.1960 und 01.10.1983, herauszugebende Daten: Name; Geburtsname, Vorname, Geburtsdatum; Geburtsort; Geburtsland; Staatsangehörigkeit; Wohnort; Straße; Hausnr.; evtl. 2. Wohnsitz; Religion; Familienstand; Kinder; zuständiges Finanzamt; Einzug; Wegzug

**2. Ausländerzentralregister, Adressat: Ausländerzentralregister Köln:** Kriterien der Personenselektion: männlich, Geburtsdatum zwischen 01.10.1960 und 01.10.1983, herauszugebende Daten: Name; Geburtsname, Vorname, Geburtsdatum; Geburtsort; Geburtsland; Staatsangehörigkeit; zuständiges Ausländeramt; Datum Einreise; Status; andere Namen; Aliasnamen

**3. Universitäten, Hochschulen, Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen, Adressat: alle Universitäten/Hochschulen/ Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen bzw. mit Außenstellen in Nordrhein-Westfalen:** Kriterien der Personenselektion: männlich, Geburtsdatum zwischen 01.10.1960 und 01.10.1983; immatrikuliert zwischen 01.01.1996 und 01.10.2001, herauszugebende Daten: Name; Geburtsname, Vorname, Geburtsdatum; Geburtsort; Geburtsland; Staatsangehörigkeit; Wohnort; Straße; Hausnr.; evtl. 2. Wohnsitz; Religion; Studienfachrichtung; Datum der Immatrikulation; Datum der Exmatrikulation.

**Gründe:** Das Amtsgericht Düsseldorf ist für die Anordnung der Rasterfahndung gemäß § 31 Abs. 4 S. 2 PolG NW örtlich zuständig, da das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen den Polizeipräsidenten Düsseldorf gemäß § 7 Abs. 3 POG NW die Zuständigkeit für die landesweite Durchführung der Rasterfahndung übertragen hat.

Es besteht derzeit eine gegenwärtige Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leib, Leben oder Freiheit einer Person in Form von terroristischen Gewaltakten extremistischer islamischer Gruppierungen. Diese sind nach den polizeilichen Erkenntnissen für die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten von 11. September 2001 verantwortlich.

Aufgrund der dazu erforderlichen aufwändigen Logistik und der Ermittlungen zu den mutmaßlichen Tätern der Anschläge kann als gesichert gelten, dass diese extremistischen Gruppierungen international agieren, ihre Mitglieder bzw. Anhänger sind militärisch und ideologisch geschult und sind jederzeit zu den gravierendsten Terroranschlägen bereit sind.

Diese Gefahr besteht auch gegenwärtig. Zwar lässt sich derzeit ein unmittelbar bevorstehender Anschlag nicht sicher prognostizieren. Aufgrund der bereits begangenen Taten und der sich derzeit zuspitzenden Lage im Mittleren Osten, wo ein Militärschlag der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in Kürze zu erwarten ist, muss aber jederzeit mit einem terroristischen Vergeltungsschlag, gegebenenfalls auch in Nordrhein-Westfalen, gerechnet werden.

Schließlich ist für die Prognosenentscheidung zu berücksichtigen, dass an die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts umso geringere Anforderungen zu stellen sind, je größer das Ausmaß des zu befürchtenden Schadens ist. Wie die Ereignisse vom 11. September 2001 zeigen, nehmen die Attentäter dieser extremistischen Gruppierungen bei ihren Anschlägen den Tod tausender Menschen in Kauf. Die Gefahr besteht auch für den Bereich

Nordrhein-Westfalens.

Nach polizeilichen Erkenntnissen sind hier 42 Personen bekannt, die als Unterstützer oder Kontaktpersonen im Netzwerk des Osama Bin Laden gelten und in Nordrhein-Westfalen ansässig sind oder waren. Damit ist davon auszugehen, dass auch in Nordrhein-Westfalen ein Teil des internationalen terroristischen Netzwerks besteht und handlungsfähig ist. Weiter waren mehrere der mutmaßlichen Attentäter vom 11. September 2001 u. a. auch in Bochum, Duisburg und Aachen aufhältig.

Die Anordnung der Rasterfahndung ist verhältnismäßig. Sie ist geeignet, potentielle extremistische islamistische Terroristen zu enttarnen.

Nach den polizeilichen Ermittlungen und Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden sind bei den Attentätern eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten erkennbar. Es handelt sich bei den sogenannten „Schläfern“ um männliche Studenten von 18 bis 41 Jahren mit islamischer Religionszugehörigkeit und legalem Aufenthalt in Deutschland. Darüber hinaus gibt es noch eine weitere Anzahl von verdachtserhörenden Kriterien wie Staatsangehörigkeit oder Herkunftsland, die aus der Rasterfahndung gewonnen werden können.

Die Rasterfahndung ist erfolgreich, da es keine mildereren Mittel gibt, die mit vergleichbarem Aufwand zu den gleichen Ergebnissen führen würde.

Der Schutz sämtlicher gefährdeter Einrichtungen ist zum einen teilweise schon nicht machbar und zum anderen mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Da sich die sogenannten „Schläfer“ im täglichen Leben unauffällig bewegen, ist die Rasterfahndung als einzige präventive Handlungsmöglichkeit erfolversprechend.

Angesichts der drohenden Gefahr für Leib und Leben der Bevölkerung ist der Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen auch verhältnismäßig im engeren Sinne.

Düsseldorf, 2. Oktober 2001, Sönnichsen, Richter am Amtsgericht

# Nürnberger CSU-Parteitag bläst zum Kulturkampf

Kommunale Politik

## Rekrutierung von Billigstarbeit?

ESSEN. Die PDS-Gruppe im Rat spricht sich für eine „Soforthilfe“ an den Verein für Kinder- und Jugendarbeit (VKJ) aus.

Es kann nicht angehen, dass vom Verein seine Aufgaben bei der Betreuung von Kindern in Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften nicht mehr in vollem Umfange wahrgenommen werden kann, weil von den dafür notwendigen 42 „Arbeit statt Sozialhilfe“-Stellen derzeit nur 14 besetzt sind. Da die ProChip-Berichterstattung davon ausgeht, dass mehrere tausend Sozialhilfeempfänger/innen in Essen arbeiten könnten, wenn sie entsprechende Angebote erhalten, müsste es nach Auffassung der PDS auch möglich sein, dem Verein schnell zu helfen. Hierzu fordert die PDS die Verwaltung auf. Immerhin bieten die AsS-Stellen beim VKJ auch Möglichkeiten zur Qualifikation für eine spätere Tätigkeit in sozialen Berufen auf dem „ersten Arbeitsmarkt“. Für völlig falsch hält die PDS-Gruppe im Rat die immer deutlicher erkennbare Tendenz, das ProChip-Programm zur Rekrutierung von Billig-Arbeitskräften insbesondere für das Grünflächenamt und zur Disziplinierung von Sozialhilfeempfänger/innen zu nutzen. Die CDU will solche Billig-Jobs am liebsten auch für private Unternehmen in der Grünpflege nutzbar machen. Beides lehnt die PDS ebenso ab wie die Ausweitung von 2 DM-Zwangsjobs im Rahmen der gemeinnützigen Zusatzarbeit (gZA).

PM der PDS-Ratsgruppe Essen

In der überregionalen Presse wurde von dem Nürnberger Parteitag der CSU als Ergebnis festgehalten: Merkel geschwächt, Kanzlerkandidatur kommt auf Stoiber zu. Diese Ausdeutung wird den Ereignissen des Parteitags nicht gerecht. Viel wichtiger ist, dass die CSU ihr Ziel, Nichtchristen aus der BRD herauszudrücken, klar thematisiert hat. Das geschah in einer Rede des Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, und das wurde in einem vom Parteivorstand eingebrachten Leitantrag bekräftigt. In seiner Rede sagte der Ministerpräsident unter dem krakeelartigen Beifall der wie immer mehr als tausend Delegierten:

„Dabei ist Integration mehr als das selbstverständliche Bekenntnis zur Verfassung. Integration heißt auch: Anerkennung unserer Leitkultur. Sprachkompetenz, Toleranz gegenüber unseren Werten – das ist unverzichtbar für ein harmonisches Zusammenleben.

Das heißt nicht völlige Assimilierung, das will ich hier betonen.“ Er sagte weiter: „Nach Angaben der Verfassungsschutzbehörden leben in Deutschland 31 000 islamistische Extremisten.

Viele davon sind gewaltbereit. Wir brauchen neue gesetzliche Regeln für eine erleichterte Ausweisung. Diese Leute wollen wir in Deutschland nicht haben!“

Dass es Stoiber nicht nur um die Parteitagsatmosphäre ging, wird aus dem

Text eines Leitantrages<sup>1</sup> ersichtlich, in dem eine über 1500-jährige<sup>2</sup> christlich-abendländische Leitkultur beschworen wird, die man sich weder von „ideologischen Gesellschaftsveränderern noch von Extremisten, aus welchem Lager auch immer“ nehmen lassen werde.

Im weiteren wird ein aktives Eintreten für die von der CSU behauptete Wertordnung gefordert von allen, besonders aber von den Muslimen.

Die CSU nimmt sich nicht nur heraus, eine Wertordnung zu setzen. Sie will diese ihre eigenen, selbst ge- und erfundenen Ansprüche für andere verbindlich machen und zwar durch Abschließung, kulturelle Umformung und Vertreibung.

Von Vertreibung zu reden ist angemessen. Stoiber sieht 31 000 islamistische Extremisten, viele davon gewaltbereit und will sie ausweisen. Die Familienzusammenhänge eingerechnet, geht es wohl um 100 000 Menschen. – Es ist vielleicht doch wichtig, dass Stoiber nicht Kanzlerkandidat wird.

maf

1 www.csu.de. Leitantrag des Parteivorstands an den 66. Parteitag der CSU am 12./13. Oktober 2001 in Nürnberg, „Sicherheit im 21. Jahrhundert – Kompetenz und Verlässlichkeit“

2 Wieso bloß „mehr als 1500 Jahre?“ Wir leben 2001 „nach Christus“. Wovon distanziert man sich hier? – Es ist nicht das erste Mal, dass in Dokumenten der CSU das Bestreben aufstößt, die Wurzel des Christentums im Judentum beredet zu beschweigen.

### Aus einem CSU Parteitagdokument

#### (...) 12. Europäische und deutsche Leitkultur bewahren, Zuwanderung begrenzen.

Der 11. September war ein Anschlag auf die Werteordnung der westlichen Welt, auf unsere Art frei und individuell zusammen zu leben. Aus der Sicht religiös extremer Muslime ist der Westen feindliches Umfeld. Viele von uns sind in der Vergangenheit mit großer Ignoranz, mit schlichter Naivität und mit oberflächlicher Beliebigkeit an das Thema des Zusammenlebens verschiedener Kulturen herangegangen. **Viele wollten und wollen wesentliche Unterschiede und manche Unvereinbarkeit nicht sehen**, die Unterschiede im Menschenbild, in zentralen Wertvorstellungen wie der Stellung des Individuums oder der Frauen in Staat und Gesellschaft.

(...) **Wir wollen das friedliche Miteinander**, aber keine Unverträglichkeiten, keine Risse und Brüche in unserer Gesellschaft. **Wir wollen keine multikulturelle Gesellschaft.**

Wir wollen vielmehr unsere in über 1500 Jahren gewachsene **christlich-abendländische Kultur bewahren**. Wir lassen uns diese Leitkultur weder von ideologischen Gesellschaftsveränderern noch von Extremisten, aus welchem Lager auch immer, nehmen. Das ist unsere

deutsche, europäisch geprägte Leitkultur. Wir sind entschlossen, sie zu verteidigen. Wem unsere Werteordnung, wem unser demokratisches Gemeinwesen gleichgültig ist, der muss sich fragen lassen, was er hier in Deutschland sucht.

**Wir verlangen von jedem, der in Deutschland lebt oder leben will, Respekt für und Toleranz gegenüber anderen. Wir verlangen die Achtung unserer Werteordnung.**

**Wir verlangen eine deutliche Distanzierung von Extremismus, blindem Fanatismus und Gewalt, nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten.**

Eine besondere Verantwortung trifft hier die Muslime in Deutschland. Es kann und muss gefordert werden, dass sie sich deutlich von extremistischen Bestrebungen und Gruppen distanzieren und zur Wertordnung des Landes, in dem sie leben, dessen Staatsbürger sie vielleicht sind, bekennen. Bloße Lippenbekenntnisse reichen dazu nicht aus. **Die CSU will auf einen Dialog hinwirken** – einen Dialog mit den Muslimen in Deutschland, einen Dialog der Kulturen und einen Dialog der Muslime untereinander. (...) **Integration ist das Gebot der Stunde. (...) Wer dauerhaft bei uns lebt, der muss Integration auch wollen, er muss sich an unsere Lebensverhältnisse anpassen und unsere Werteordnung für sich akzeptieren wollen. (...)**

**Verfall der Gewerbesteuer:** BERLIN, KÖLN. Die spektakulären Einbrüche bei der Gewerbesteuer haben sich nach der jüngsten Gewerbesteuerumfrage im dritten Quartal stark beschleunigt. Durch einen beispiellosen Absturz um über 28 Prozent im dritten Quartal liegt das Gewerbesteuer-Aufkommen der westdeutschen Städte nun um mehr als 16 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Das deckt sich mit dem Umfrageergebnis für die ostdeutschen Städte, deren Einnahmen aus der Gewerbesteuer in den ersten drei Quartalen ebenfalls um 16 Prozent weggebrochen sind.

Der Deutsche Städtetag (DST) fordert deshalb die sofortige Senkung der Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder, die bis 2004 von 20% auf 30% gesteigert werden soll. Ebenso darf die ab 2002 einsetzende Gewerbesteuerfreiheit von Dividenden aus Unternehmensbeteiligungen nicht in Kraft treten. Die Gewerbesteuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen ist rückgängig zu machen. Die Möglichkeiten der Unternehmen, durch konzerninterne Umstrukturierungen die Zahlung von Gewerbesteuer zu vermeiden (so genannte gewerbesteuerliche Organschaft), dürfen nicht – wie im Gesetzentwurf vorgese-



hen – erleichtert, sondern müssen im Gegenteil eingeschränkt werden. – Verantwortlich für die rasante Talfahrt der Gewerbesteuer seien vor allem die vielen steuermindernden Gestaltungsmöglichkeiten, die der Gesetzgeber den Unternehmen seit mehreren Jahren immer stärker in die Hand gegeben habe. Besonders Banken und Versicherungen, aber auch andere bisher gewerbesteuerstarke Branchen leisteten derzeit trotz guter Gewinnaussichten kaum noch einen Beitrag zur Finanzierung städtischer Aufgaben. [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

**Sozialhilfesätze:** FRANKFURT.A.M. Als „armutspolitisch ignorant“ bezeichnet der Paritätische Wohlfahrtsverband die Entscheidung des Bundeskabinetts, die Erhöhung der Sozialhilfe in den nächsten drei Jahren an der Entwicklung der Renten zu orientieren. Damit würden 2,68 Millionen Menschen, die Sozialhilfe beziehen, weiterhin mit einer Unterstützung abgespeist, die sie weitestgehend von der gesellschaftlichen Teilhabe ausschließe, kritisierte Dr. Ulrich Schneider, der Hauptgeschäftsführer des Verbandes. Nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ist die Sozialhilfe bereits jetzt um 9,2 Prozent zu niedrig bemessen, um das gesellschaftliche Existenzminimum zu decken. Statt 560 Mark müsste der Sozialhilferegelsatz für einen Haushaltsvorstand in Westdeutschland 611 Mark betragen, betont Schneider. In Ostdeutschland wären es 590 statt 541 Mark. Der Paritätische widerspricht der Darstellung der Bundesregierung, ihr Vorgehen sei mit den Wohlfahrtsverbänden abgestimmt. [www.tacheles.wtal.de](http://www.tacheles.wtal.de)

**Bürgerentscheid:** MÜNCHEN. 65,8 Prozent der Abstimmenden (bei einer ungewöhnlich hohen Beteiligung von 37,2 %) haben am 21. Oktober mit JA gestimmt und sich damit für einen Stadionneubau ausgesprochen.

Die Stadtversammlung von B90/Die Grünen hatte die Stadt München aufgefordert, sich mit dem Olympiastadion um Spiele der Fußball-WM 2006 zu bewerben. Sie lehnte es ab, städtische Gelder und Grundstücke für den Bau eines neuen Stadions in Fröttmaning zur Verfügung zu stellen und hatte die Bürger aufgefordert, mit NEIN zu stimmen: „Das Olympiastadion ist eine ...hervorragend geeignete Spielstätte ... Der Präsident des FC Bayern, Franz Beckenbauer, benutzt seine Doppelfunktion als Chef des WM-Organisationskomitees dazu, die Stadt unter Druck zu setzen, um seine Stadionpläne zu verwirklichen. Unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohls ist es geboten, diesem Druck zur Investition dreistelliger Millionensummen zu widerstehen.“

*Lokalberichte München  
Zusammenstellung: ulj*



**Kundgebung am 6. Oktober in München**

## Kindergarten mit viel Markt und wenig Qualität?

Die Gewerkschaften ver.di und GEW, die Landesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativen und ESKA (ElternSehenKinderAnders) haben zu dieser Aktion auf dem Münchner Odeonsplatz aufgerufen, an der sich über 500 Leute beteiligten.

In den Reden wurde darauf hingewiesen, dass Kinder eine qualitative Kinderbetreuung brauchen und stattdessen aber

mit markt(t)igen Sprüchen abgespeist würden.

Das Ministerium spreche von markt- und qualitätsorientierter Förderung. Aber in den vorgelegten Konzepten stehe kein Wort über Qualität, jedoch viel über Geld, Markt und Kostenneutralität.

Eltern, Erzieherinnen, AusbilderInnen hätten eine konkrete Vorstellung von Qualität im Kindergarten. Und diese



orientiere sich an den Bedürfnissen und den Fähigkeiten der Kinder.

Das Konzept des Staatsministerium dagegen orientiere sich an fiktiven Kinderzahlen für 2010 und an einer kostenneutralen Gestaltung der Förderungsbedingungen.

Bisher würden aus dem Kindergartenetat die Altersgruppe von 3 – 6 Jahren gefördert. Nach dem neuen Modell sollen dann mit dem gleichen Geld alle Kinder von 0 – 12 Jahren gefördert werden.

In der Konsequenz hieße das, es wird weiterhin Mangel an Plätzen geben, der kostenneutral verwaltet werden müsse.

Mit den Arbeitsplätzen der Erzieherinnen und KinderpflegerInnen werde leichtfertig gespielt. Ihre Kompetenzen und ihr Einsatz werde reduziert auf Animation und Kundenbetreuung.

Es werde große Gruppen geben, die den tatsächlichen Bedürfnissen von kleinen Kinder, Kindergartenkindern und Schulkindern, nicht gerecht würden. Von schwierigen Kindern gar nicht zu reden.

Kindererziehung sei in erster Linie Aufgabe der Eltern und in zweiter Linie liege sie in der Verantwortung einer ganzen Gesellschaft. Erziehung könne kein Produkt für den Markt sein.

Die beteiligten Organisationen aus dem gewerkschaftlichen und sozialen Bereich betonten, dass das Ministerium



im Freistaat und die Verbände die Interessen der Kinder, Eltern und Erzieherinnen ernst nehmen und sie bei der Gestal-

tung der Kinderbetreuung in Bayern mitreden lassen sollten.

dil

## Dokumentiert: Ver.di Bayern: Soziale Dienstleistungen auf einem „wilden Markt“ ... ?

Eine ökonomische Sichtweise im sozialen Bereich ist kein neues Phänomen. Soziale Leistungen waren vom Sozialstaat schon immer wirtschaftlich angemessen anzubieten. Wenn allerdings jetzt unter dem Druck der Finanzen in Bayern ein marktorientiertes Finanzierungsmodell eingeführt wird, besteht die Gefahr, dass sich Reformbemühungen auf Haushaltskonsolidierung reduzieren. Folge wäre die nicht angemessene Umsetzung von qualitativen Ansprüchen an Erziehung, Bildung und Betreuung.

**Sparpotenzial: personenbezogene Dienstleistungen ... ?** Der Markt im Bereich der Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe ist schwierig zu definieren. Wer ermittelt den Bedarf? Wer sind die KundInnen? Welche Rolle hat der Staat?

Das Angebot öffentlich finanzierter Dienstleistung im Erziehungsbereich wird zunächst über Gesetze (u.a. KJHG, BayKiG), politisch vereinbarte Standards, finanzielle Ressourcen und Prioritätensetzung, und nicht zuletzt über administrative „Bedarfsberechnungen“ gesteuert. Das neue Finanzierungsmodell wird mit der vom Sozialministerium prognostizierten demographischen Entwicklung und dem steigenden Kostendruck durch fehlende Eltembeiträge begründet. Demnach ist mit einem enormen Rückgang der Kinderzahlen zu rechnen, der den Abbau von bis zu 10.000 Stellen bedeutet. Soviel zu einer administrativen

Bedarfsrechnung! Das vorgelegte Modell suggeriert, diese Arbeitsplätze würden mit einem marktorientierten Modell wenigstens teilweise gesichert. Wahrscheinlicher ist, dass die neuen Finanzierungsrichtlinien faktisch zu vermehrter Teilzeitbeschäftigung, zu einer Zunahme von befristeter Beschäftigung und zur vermehrten Einstellung von weniger qualifiziertem Personal kommen wird.

**Damit erfährt der Erzieherinnenberuf eine Abwertung!** Ein Beruf, der für die Berufsausübenden nicht mehr existenzsichernd ist, hat keine Perspektive. Die Ausbildung der Erzieherinnen beträgt derzeit 5 Jahre. Die Erfordernisse in einer Kindertagesstätte rechtfertigen nicht nur diese lange Ausbildung, sondern machen sie geradezu notwendig! Im Zusammenhang mit einer ökonomischen Sichtweise wäre es angebracht, die eingebrachte Qualifikation auf ihre gesamtwirtschaftlichen Bedeutung und Auswirkung zu betrachten.

Neben der bereits angesprochenen negativen Entwicklung des Arbeitsmarktes für ErzieherInnen ist mit der Einstellung von jüngerem Fachpersonal, das tariflich günstiger ist, und der Zunahme von Mobbing zulasten älterer Kolleginnen zu rechnen, zudem ist zu befürchten, dass es durch veränderte Betriebsformen zu Tarifrucht kommt...

**Ausblick:** Allen Abwertungsbestrebungen gegenüber dem ErzieherInnenberuf

muss energisch gegenübergetreten werden. Dies ist eine gesellschaftspolitische Wertentscheidung!

Für eine Reform der Finanzierungsrichtlinien ist ein ausgeprägter Beteiligungsprozess notwendig, der auch die Qualitätsdebatte beinhaltet. Es muss gewährleistet sein, dass die Beteiligten (Fachkräfte in den Einrichtungen) im Prozess ihren pädagogischen Alltag evaluieren, Stärken und Schwächen professionell selbstbestimmt herausarbeiten und Verbesserungsentwürfe erproben. Damit ist die Chance gegeben, Bildung, Erziehung und Betreuung unter qualitativen Aspekten so zu gestalten, dass Marktorientierung nicht allein zum bestimmenden Faktor von Konzeptionen wird.

Die Zukunft der Kindergärten ist als Aushandlungsprozess und als Kompromiss abhängig von den Kräftekonstellationen in der Gesellschaft und Politik, von Öffentlichkeit. Auch die Beschäftigten in Kindergärten sind in diesem Zusammenhang Akteur. Ihre Chancen müssen sie selbstbewusst und offensiv nutzen, wollen sie nicht in Selbstmitleid, Larmoyanz und Resignation verfallen. Für die Arbeit in Kindergärten gilt auch, was die Frankfurter Rundschau einst über die Kulturpolitik geschrieben hat: Wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht leidenschaftlich sind, räumen die Finanzpolitiker auf. •



INA / FAG Kugelfischer

## Freundlicher Ausgang einer „feindlichen“ Übernahme?

Auf ca. 80 Mio DM schätzt die IG Metall die Kosten der wochenlangen Auseinandersetzungen zwischen INA Schaeffler (Herzogenaurach) und FAG (Schweinfurt), bei der sich beide Seite gegenseitig per Zeitungsanzeigen an die FAG-Aktionäre wandten.

Der FAG-Vorstand hatte zuletzt versucht, zusammen mit seinem japanischen Kooperationspartner NTN 25 Prozent der FAG-Aktien (Sperrminorität) aufzukaufen, wobei die Arbeitnehmerseite allerdings nicht mitspielte, weil sie nicht erneut einer Milliardenverschuldung des FAG-Konzerns ihre Zusage geben wollte. In Geheimverhandlungen einigten sich die Vorstände der beiden Unternehmen unter Beistand der Dresdner und Deutschen Bank schließlich auf eine „freundliche“ Übernahme. Danach soll in den nächsten Jahren FAG innerhalb von INA als Konzern mit allen wesentlichen Führungsfunktionen mit Sitz in Schweinfurt erhalten bleiben.

Es scheint so, dass gerade die „strategische Allianz“, die FAG mit NTN eingegangen war, INA zum Angriff reizte, da sie befürchten musste, dass FAG künftig Konkurrenzprodukte von NTN (Nadellager) auf dem europäischen Markt verkaufen würde. Am Ende steht jetzt die Schaffung eines fränkisch-deutschen Wälzlagerkonzerns (der zweitgrößte auf dem Weltmarkt hinter SKF) – allerdings mit ungewisser Perspektive der weiteren Entwicklung.

Zur Absicherung der Beschäftigung, des Erhalts der Standorte und der betrieblichen und tariflichen Standards haben die IG Metall und die Konzernbetriebsräte von FAG Kugelfischer und INA am 16.10. mit der Geschäftsleitung von INA Verhandlungen aufgenommen. Die Verhandlungen sollen am 19.10. abgeschlossen werden. *cls*

### Die Gewinner stehen fest – wir wollen nicht die Verlierer werden!

Aus einem Flugblatt der IG Metall Schweinfurt

#### Charakter-Loos

Der Vorstand der FAG mit Dr. Loos an der Spitze ist nun mit fliegenden Fahnen zu INA übergelaufen. Aus dem entschiedenen Kampf für die selbständige FAG gegen eine feindliche Übernahme ist nun plötzlich die kleinlaute „freundliche Übernahme“ geworden.

Der Vertrag, der zwischen dem Vorstand der FAG und Dr. Geisinger abgeschlossen wurde, regelt die Interessen der beiden Gesellschaften.

Nur dem Druck der Belegschaften, der

öffentlichen Meinung der Interessenvertretungen und der IG Metall ist es zu verdanken, dass die Rechte der Beschäftigten und des Betriebsrats überhaupt Erwähnung finden.

#### Die Interessen der Arbeitnehmer sind damit keinesfalls abgesichert!

Die Arbeitnehmer-Vertretung war richtig beraten, eine eigenständige Linie zu verfolgen und zweigleisig vorzugehen. Weder Loos noch Geisinger haben ein wirkliches Interesse an der Festschreibung der für die Rechte der Beschäftigten geschlossenen Vereinbarungen.

Für die Belegschaft bieten Betriebsvereinbarungen und Tarifvertrag die notwendige soziale Absicherung!

Deshalb bleibt die Unterschrift unter einen Tarifvertrag, der die bisherigen Vereinbarungen und Regelungen fest schreibt, absolutes Muss zur Absicherung der Interessen der Belegschaften. Die Verhandlungen ... werden zeigen, ob die Aussage von Dr. Geisinger (kein Beschäftigungsabbau geplant, Verzicht auf Schließung von Standorten, Festschreibung der Vereinbarungen) ernst gemeint waren.

Wenn wichtige Teile daraus in Frage gestellt werden, so können wir unsere Interessen nur mit massiven Aktionen durchsetzen. Dazu brauchen wir die Unterstützung der gesamten Beschäftigten.

Aber selbst wenn uns dies optimal gelingt, werden wir die heute noch nicht öffentlich genannten Veränderungen schmerzhaft zu spüren bekommen. Nicht heute und in den nächsten Monaten, aber auf jeden Fall mittelfristig. ...

Entwicklung der Netto-Kapitalrendite Westdeutschland und Deutschland

Jahr	Netto-Kapitalrendite in v. H.	
	Westdeutschland	Deutschland
1971	12,6	
1972	11,7	
1973	10,8	
1974	9,2	
1975	8,6	
1976	10,0	
1977	9,2	
1978	9,6	
1979	9,5	
1980	7,5	
1981	6,2	
1982	6,1	
1983	8,0	
1984	8,5	
1985	8,5	
1986	9,7	
1987	9,9	
1988	10,3	
1989	10,4	
1990	11,3	
1991	10,8	11,4
1992		10,2
1993		9,2
1994		10,1
1995 <sup>2)</sup>		10,8
1996		10,4
1997		11,0
1998		11,4
1999		10,6

1) Unternehmen ohne Wohnungsvermietung und ohne Bundesbank  
2) Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

#### DIHT appelliert, europäisch zu denken. – HB, Mittwoch, 10.10.01.

– Der DIHT lehnt ein Vorziehen der Steuerreform – so wie sie der BDI fordert – als Strategie zur Stärkung der Konjunktur ab. DIHT-Präsident L. G. Braun bestärkte den Bundeskanzler, die Wirtschaftspolitik der ruhigen Hand fortzusetzen. „Wir dürfen uns nicht verrückt machen lassen durch ein außergewöhnliches externes Ereignis“, warnte Braun vor Konjunkturpessimismus als Folge der Terroraktion vom 11.9. und der amerikanischen Gegenschläge. Deshalb dürften Europas Regierungen nicht in nationale Programme zurückfallen, um die heimische Lobby der Gewerkschaften oder der Unternehmer zu befriedigen. Hier trage Deutschland als größte Wirtschaftsnation in der EU eine besondere Verantwortung: „Was werden die Italiener und Franzosen tun, wenn wir jetzt die Stabilitätskriterien des Euro einfach beiseite wischen?“ Eichels Nein zu Konjunkturprogrammen findet deshalb vollen Rückhalt beim DIHT.

#### Steuerhöhungspläne unerwünscht. – HB, Freitag/Samstag, 19./20.10.01. M.

– Rogowski, Präsident des BDI verlangte den Verzicht auf geplante Erhöhungen der Tabak- und Versicherungssteuer, das Aussetzen der nächsten Stufe der Ökosteuer und eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes als Maßnahmen gegen die Konjunkturlaute. Die Bundesregierung müsse sich von ihren „Steuererhöhungsplänen“ verabschieden, statt dessen die Steuern senken, verlangte auch der Sprecher des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels, H. Pellegrini.

#### „Die Programme der PDS belegen ihre Ferne zur Sozialen Marktwirtschaft“ (IHK Berlin).

– Die Führungskräfte der deutschen Wirtschaft sind dagegen, die PDS in ein Regierungsbündnis in Berlin einzubeziehen. Dies ergab eine repräsentative Befragung deutscher Top-Manager des Handelsblattes kurz Berlin-Wahl. 82% plädieren dafür, die SPD sollten sich bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen eine Neuaufgabe der von ihnen aufgekündigten großen Koalition mit der CDU entscheiden. Nur 15% haben keine Einwände dagegen, die PDS in die Landesregierung der Hauptstadt aufzunehmen. Noch am ehesten Verständnis für eine Rot-rote Koalition zeigen Führungskräfte aus Ostdeutschland: Hier sind 23 % dafür. Die Zustimmung zu einer PDS-Regierungsbeteiligung nimmt mit der Größe der Unternehmen ab.

Presseauswertung: rst



**Auseinandersetzung mit dem Positionspapier von Petra Pau und Katina Schubert: „Für bessere öffentliche Sicherheit in der offenen Gesellschaft Bundesrepublik Deutschland – gegen den Marsch in den Überwachungsstaat“**

# Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit darf nicht verloren gehen

Von Ulla Jelpke, innenpolitischer Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion

In der Debatte um die innere Sicherheit nach den Anschlägen von New York und Washington sind Linke gleich mehrfach gefordert.

Die Attentäter, ihre Drahtzieher und Hintermänner müssen gefasst, vor Gericht gestellt und verurteilt werden. Die Sicherheit im Flugverkehr ist zu verstärken, um eine Wiederholung solcher Anschläge zu verhindern. Verbesserungen in der öffentlichen Sicherheit, beim Katastrophenschutz, bei der Sicherheit auf Bahnhöfen, von Kernkraftwerken und anderen gefährlichen Anlagen sind erforderlich.

Soweit gibt es eine allgemeine gesellschaftliche Übereinstimmung. Gleichzeitig konkurrieren jedoch Schily und die CDU/CSU mit immer neuen Sicherheitspaketen. Nur in der Frage, ob und wie die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden soll, scheint zwischen ihnen noch eine ernsthafte Differenz zu bestehen. Ansonsten sind sich Schily, große Teile der SPD und die CDU/CSU im wesentlichen einig.

Diese schon länger bestehende große Koalition benutzt die Anschläge und die Debatte um eine effektive Abwehr und Bekämpfung von Terrorismus immer mehr dafür, alte Ladenhüter, repressive Vorhaben zum Ausbau des Überwachungsstaats und zum Abbau von Bürgerrechten, die schon lange vor den Anschlägen von New York und Washington in den Schubladen lagen, wieder hervorzuholen und jetzt durchzusetzen. Vor allem die Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge, gegen Migrantinnen und Migranten soll in einem Ausmaß ausgebaut und verschärft werden wie noch nie zuvor. Pluralität und Multikulturalität der Gesellschaft werden abgebaut, die Repression gegen alles, was sich konservativen Normen nicht anpasst und unterwirft, gegen „Querulanten“ und „Abweichler“ ausgebaut. Der Notstand wird nicht erklärt, er soll zum Normalfall, zum Dauerzustand werden.

Vor den täglich neu eintreffenden Informationen, neuen – eher aktionistisch-populistischen – Vorschlägen, die in diesen Wochen auf den Markt geworfen werden, ist manch ein Linker in Gefahr, zu kapitulieren. Vor allem sind die gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen, die sich im Gefolge der Attentate am 11. September anbahnen, noch gar nicht

in ihren Ausmaßen abzusehen.

Rolf Gössner hat Recht, wenn er (in seinem am 16.10. veröffentlichten Aufruf „Zeit zum Widerspruch“) davor warnt, dass die „Balance zwischen Sicherheitsmaßnahmen und Freiheitsrechten“ verloren zu gehen droht, und gleichzeitig feststellt, dass es nicht ausreicht, „die bislang beschlossenen und die noch in Planung befindlichen ‚Anti-Terror-Pakete‘ pauschal als bürgerrechtswidrig abzulehnen. Angesichts der veränderten Bedrohungssituation geht es vielmehr um eine differenzierte Aus- und Bewertung aller Maßnahmen, sowohl hinsichtlich ihrer Bürgerrechtsverträglichkeit als auch ihrer Erforderlichkeit, Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit.“

kämpfen.“

Die demokratische Öffentlichkeit, die gesamte Linke und damit die PDS sind in dieser Situation gefordert, alle Vorschläge sorgfältig, ruhig und besonnen zu prüfen, Panikmache, Hysterie, Aktionismus und Schnellschüssen entgegen zu wirken und die Menschenrechte zu verteidigen. Zumal jeder Abbau eines pluralistischen, demokratischen Rechtsstaates die Menschenrechte nicht nur bei uns beschädigt, sondern in der gesamten EU enorme Auswirkungen haben wird.

Wir sollten uns nicht anmaßen, schon über das Konzept, den großen Wurf verfügen zu wollen. Mit den Schwierigkeiten, auf komplexe Probleme sachgerechte Antworten zu finden, sollten wir offen und ehrlich umgehen. Nicht nur die PDS, auch Bürgerrechts- und andere Organisationen steigen gerade erst in die Debatte ein. Gemeinsam mit ihnen sollten wir die Debatte bestreiten und nicht die Neugier des Publikums mit vorschnell erarbeiteten Konzepten befriedigen wollen.

Zurückhaltung hat gerade auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit nichts mit Fundamentalismus zu tun, obwohl die kritischen Geister gerne in diese Ecke gestellt werden. Sondern gerade wenn wir Politik gestalten und Mehrheiten für unsere Konzepte gewinnen wollen, müssen wir saubere und fundierte Vorschläge machen.

## Der Konsens

Vor diesem Hintergrund ist das von Petra Pau und Katina Schubert am 12. Oktober zur Diskussion vorgelegte Papier „Für bessere öffentliche Sicherheit in der offenen Gesellschaft Bundesrepublik Deutschland – gegen den Marsch in den Überwachungsstaat“ zu bewerten.

Zunächst: In einer ganzen Reihe von Punkten gibt es Konsens. Alle stimmen darin überein, dass innerer Friede und gesellschaftlicher Ausgleich für einen Ausbau der öffentlichen Sicherheit erforderlich sind, nicht der Abbau von Freiheit und Selbstbestimmung. Es ist auch richtig, dass es keinen absoluten Schutz und keine absolute Sicherheit geben kann. Und jeder von uns wird die folgende Aussage unterschreiben können: „Die Grund- und Freiheitsrechte sind Teilhabe- und Abwehrrechte der BürgerInnen



Antirassistische Demonstration am 29.9 in Berlin

Ebenso warnt der frühere FDP-Innenminister Gerhart Baum vor einem „Dammbruch“ und fordert: „Derjenige, der die Freiheit einschränkt, sollte die Beweislast tragen, nicht derjenige, der sie gegen unsinnige Forderungen verteidigt, die doch nur symbolischen Charakter haben.“

Der Datenschutzbeauftragte des Bundes, Joachim Jacob, hat in einer Stellungnahme zu Schilys geplantem „Terrorismusbekämpfungsgesetz“ festgestellt, dass die darin geplanten Maßnahmen „zum Teil weit über dieses Ziel (der Terrorismusbekämpfung) hinausgehen und kaum geeignet erscheinen, den internationalen Terrorismus angemessen zu be-

gegenüber staatlichen Zu- und Übergriffen. Sie dienen dazu, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu erreichen und zu wahren. Werden die Grundrechte grundlegend und unbefristet eingeschränkt, verliert der Rechtsstaat seine Grundfesten und wandelt sich in den Überwachungsstaat. Diesen Weg gehen wir nicht mit.“ Dementsprechend groß dürfte die Zustimmung zu den Aussagen sein, die auf den Seiten 7 ff. des Diskussionspapiers unter der Überschrift „Den Weg in den Überwachungsstaat lehnen wir ab“ stehen. Auch in einer Reihe von Forderungen nach ganz konkreten Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung dürfte Übereinstimmung bestehen. Dies betrifft etwa die Verbesserung der Gepäckkontrollen an den Flughäfen und der Arbeitsbedingungen für das Flughafenpersonal sowie den Schutz der Cockpits, die technische Sicherung besonders gefährdeter Objekte (wie Kernkraftwerke) sowie die Stärkung des Katastrophenschutzes.

## Die Differenzen

Aber einer Reihe von wichtigen Punkten muss Widerspruch angemeldet werden.

### Welcher Terrorismusbegriff?

„Terrorismus ist ein Verbrechen und deshalb Angelegenheit der Strafverfolgung, der Polizei und Justiz“, heißt es auf Seite 4 richtig. Dann folgt aber auf der nächsten Seite: „Möglichst schnell sollte die Terrorkonvention der Vereinten Nationen die rechtliche Grundlage für die Bekämpfung des Terrorismus ... werden“.

Welche (Anti-)Terrorkonvention der UNO ist hier gemeint? Wahrscheinlich diejenige, die auf einen Vorschlag Indiens zurückgeht und seit einigen Jahren in den zuständigen Gremien der UN-Generalversammlung beraten wird. Es handelt sich noch nicht um ein verabschiedetes und damit völkerrechtlich verbindliches Dokument. Im Gegenteil: Die Verabschiedung droht Presseberichten zufolge an einem zentralen Problem zu scheitern: Es gibt derzeit keine internationale gültige und allgemein akzeptierte Definition des Terrorismus. Die USA lehnen zum Beispiel schon den Vorwurf, es könne so etwas wie Staatsterrorismus geben, strikt ab. Umstritten ist auch, ob zu „Terrorismus“ auch die Terrorisierung von Staaten und Menschen durch internationale Konzerne gerechnet werden soll. Die Verantwortlichen des US-Chemiekonzerns, der für das furchtbare Chemie-Ungeheuer von Bhopal verantwortlich ist, sind bis heute nicht nach Indien ausgeliefert worden. Gleiches gilt für internationale Banken und den IWF, die durch Finanzspekulationen ganze Gesellschaften in soziale Not und den Abgrund stürzen.

Auf der Ebene der Europäischen Union beraten die Innen- und Justizminister derzeit eine Definition von „Terrorismus“, bei der die „Einschüchterung der Bevölkerung“ durch „widerrechtlich-

che Inbesitznahme oder Beschädigung von öffentlichen Verkehrsmitteln, der Infrastruktur, allgemein zugänglichen Orten und Eigentum“ als „Terror“ bewertet wird. Natürlich soll das nie und nimmer gegen Banken und Konzerne angewandt werden. Aber das reale Problem ist: wo beginnt der Terror, wo endet der legale und legitime Widerstand gegen Unrecht und Unterdrückung?

Wenn es nach der derzeit in der EU diskutierten „Terrorismus“-Definition geht, wären die Hitler-Attentäter des 20. Juli 1944 und andere Widerstandskämpfer der Nazi-Zeit heute „Terroristen“, würden Nelson Mandela, der ANC und andere Befreiungsbewegungen der Vergangenheit heute als „Terroristen“ geächtet und eingesperrt.

Es gibt also viele berechnete Bedenken bei der Diskussion um die Definition des Terrorismus. Wir sollten uns dringend hieran und an der Diskussion um eine internationale Konvention gegen den Terrorismus beteiligen. Eine solche Konvention ist durchaus erstrebenswert. Hier haben wir möglicherweise ebenso wie andere Nachholbedarf und in der Vergangenheit vielleicht auch zu wenig diskutiert und nachgedacht. Aber wir müssen beachten, dass starke Kräfte in dieser Gesellschaft und auch in anderen Ländern die Anschläge von New York und Washington instrumentalisieren wollen, um eine exzessive Ausweitung der Definition von „Terrorismus“ zu erreichen, mit der legaler und legitimer Widerstand gegen Unrecht und Repression verfolgt und auch das Asylrecht eingeschränkt, wenn nicht sogar ganz aufgehoben werden kann.

### John Wayne in der Luft: Einsatz von Sky-Marshalls?

Auf der innenpolitischen Ebene wird in dem Papier (Seite 4) dafür plädiert, wir sollten künftig den „Einsatz sogenannter Sky-Marshalls, bewaffneter FlugbegleiterInnen auf besonders gefährdeten Strecken“ unterstützen. Stärken Sky-Marshalls wirklich die Sicherheit im Flugverkehr? Was passiert, wenn sie schießen?

Sicher ist es richtig und angemessen, europäische, wenn nicht internationale Lösungen für die Verbesserung der Sicherheit im Flugverkehr zu finden. Die Verkehrsminister der EU und die Fluglinien haben sich da auch fünf Wochen nach den Anschlägen noch nicht einigen können, weil die Fluggesellschaften teure Umbauten der Flugzeuge vermeiden wollen. Hier muss der Grundsatz gelten: „Sicherheit ist wichtiger als Kostensenkung“. Zivile Lösungen, Umbauten und alle anderen Vorkehrungen, die den Einsatz dieser Sky-Marshalls vermeiden helfen, sind unbedingt vorzuziehen.

### Keine Rasterfahndung

„Mittel wie Rasterfahndung betrachten wir mit Skepsis und Kritik“, heißt es weiter in dem Papier. Vertreter des fzs („freier Zusammenschluss von StudentInnen-

schaften“) sowie der ASten an den Universitäten Münster und Gießen haben am 18. Oktober auf einer Pressekonferenz erheblich deutlichere Kritik formuliert und Klagen gegen die Rasterfahndung an den Hochschulen angekündigt. „Die Studierendenvertretungen sprechen sich dagegen aus, Menschen aufgrund ihrer Herkunft und Religion zu diskriminieren und rassistische Vorurteile zu bedienen und zu befördern. Die Rasterfahndung stellt zudem einen massiven Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen dar.“ Studierende an den Hochschulen in Gießen, Münster, Siegen, Duisburg und Essen beteiligen sich an den Klagen. In ihren Schriftsätzen argumentieren sie auch mit der Verletzung ihres Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.

Solche berechnete Gegenwehr sollten wir unterstützen, statt harmlos „Skepsis“ und „Kritik“ zu äußern. Zumal die Folgen für die Betroffenen, wenn sie erst einmal im polizeilichen „Raster“ auffallen, und sei es aus Versehen oder irrtümlich, gravierend sein können.

Jede Rasterfahndung ist zudem ein Verstoß gegen das rechtsstaatliche Gebot der Unschuldsvermutung, hebt diesen Grundsatz für viele Menschen auf und bringt sie unter Verdacht – bis hin zu polizeilichen Besuchen zu Hause, am Arbeitsplatz usw. 1,4 Millionen Menschen werden allein in Nordrhein-Westfalen derzeit auf diese Weise überprüft. Würden andere Länder genauso verfahren, dann würden bundesweit etwa 7,5 Millionen Menschen ohne irgendeinen konkreten Strafvorwurf von der Polizei überprüft. Weshalb? Weil die Polizei unter diesen Millionen Menschen eine unbekannte Zahl bisher nicht auffällig gewordener sogenannter „Schläfer“ vermutet, die bisher keine Straftaten begangen haben, öffentlich keine Verbindungen zu „Extremisten“ pflegen, hoch qualifiziert sind und möglicherweise aus islamischen Ländern stammen?

Wir sollten unsere Ablehnung der Rasterfahndung nicht hinter harmlosen und wenig aussagenden Formulierungen verstecken. Datenschützer und andere Experten weisen schon lange zudem darauf hin, dass in der Vergangenheit der polizeiliche Erfolg von Rasterfahndungen bei Null lag und solche riesigen Datenmengen ohnehin nicht effektiv genutzt und ausgewertet werden können.

Welche absurden Probleme bei der Rasterfahndung auftreten können, hat der Leiter des Brandenburger Verfassungsschutzes deutlich gemacht, als er kürzlich im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau seines Amtes beklagte: „Wir haben ein ‚Rekrutierungsproblem‘. Das Profil der künftigen Mitarbeiter gleicht den per Rasterfahndung Gesuchten.“ Vorsicht sei also geboten. „Dringend benötigt werden nämlich Muttersprachler aus arabischen Ländern, die in den letzten Jahren Auslandsaufenthalte oder ein Studium in den Ländern unternommen haben.“ ...

## Positive Aufgaben für Geheimdienste?

Auf Seite 5 schreiben Pau und Schubert: „Wir wollen ... kurzfristig die Geheimdienstarbeit auf ihre eigentlichen Aufgaben, die Vorfeldaufklärung konzentrieren.“ Mit dieser Formulierung wird deutlich, dass Geheimdienste in den Augen der Autorinnen nicht überflüssig sind, sondern sehr wohl – wie auch immer definierte – sinnvolle, „eigentliche“ Aufgaben haben. Das wäre der Einstieg in die Akzeptanz von Verfassungsschutz- und anderen Geheimbehörden. Damit würden wir uns gerade in den Ländern, in denen – erneut – über Personalausbau von Verfassungsschutzämtern diskutiert wird, „Sachzwängen“ beugen zu Lasten grundsätzlicher Positionen.

Geheimdienste unterliegen nicht dem Legalitätsprinzip. Sie sind kaum bis gar nicht kontrollierbar. Wären sie das, wären sie nicht mehr geheim. Sie sind eine Gefahr für jede demokratische Ordnung. Die deutschen Geheimdienste haben in den vergangenen Jahren nicht ein einziges Todesopfer von Neonazis verhindert. Im Gegenteil, sie haben jahrelang den rechtsextremistischen Hintergrund vieler dieser Morde bestritten, mit ihren V-Leuten die Neonazi-Szene sogar gefördert. Die CIA hat, wie alle wissen, die Taliban und Bin Laden jahrelang gefördert und aufgebaut, möglicherweise sogar militärisch ausgebildet.

Kein einziger Geheimdienst weltweit hat vor den Attentaten von New York und Washington trotz sicher hunderttausendfachen Abhörens von Telefonaten, riesiger Etats und Tausender von Spitzeln auch nur gewarnt, geschweige denn sie verhindert. Warum also sollten diese Dienste nun auf einmal wichtig, ja unverzichtbar sein für irgendeine Vorfeldaufklärung?

Heiner Busch hat in einer Studie für die PDS-Fraktion darauf hingewiesen, dass Geheimdienste für jede Strafverfolgung mindestens untauglich, im Grunde sogar gefährlich sind: „Das bekannteste nationale Beispiel ist der Schmücker-Prozess: hier lag die Tatwaffe über ein Jahrzehnt lang im ‚Giftschrank‘ des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz, Akteneinsicht in Unterlagen der Verfassungsschutzbehörden (aber auch des BKA) wurde systematisch verwehrt, weshalb am Ende nur noch eine Einstellung des Verfahrens möglich war.“

International hat der Lockerbie-Prozess eine deutliche Lehre erteilt. Das Verfahren (...) endete in einem Freispruch aus Mangel an Beweisen für den einen Beschuldigten und eine äußerst zweifelhafte Verurteilung für den anderen – und zwar unter anderem deshalb, weil es keine Beweismittel gab, die nicht geheimdienstlich eingetrübt waren.“

Geheimdienste produzieren keine Sicherheit, sondern im besten Fall Skandale und Pleiten. In anderen Fällen, die wir etwa aus Thüringen kennen, sind Mitarbeiter von Geheimdiensten aktiv in schwere Straftaten verwickelt. Im

schlimmsten Fall – siehe Bin Laden, siehe die Taliban, die Liste ist verlängerbar – produzieren die Dienste genau den Terror, vor dem sie uns nun angeblich schützen sollen.

Daher ist eine Revision unserer gut überlegten und im Programm der PDS auch niedergeschriebenen Forderung nach Abschaffung der Geheimdienste abzulehnen.

## Bankgeheimnis aufheben?

Problematisch ist auch die Feststellung: „Wir unterstützen ... die Aufhebung des Bankgeheimnisses, das es für SozialhilfeempfängerInnen und ihre Angehörigen ohnehin nicht gibt.“

Die bekannten Fakten (vgl. Frankfurter Rundschau vom 27.9.2001) vermitteln ein differenziertes Bild: In den USA gibt es dieses Bankgeheimnis seit 1970 nicht mehr. Welches Attentat wurde deshalb verhindert, welche Terror-Organisation gefasst oder nur geschwächt?

Für Straftäter oder Verdächtige gibt es sowieso kein Bankgeheimnis. Schon jetzt können Behörden bei Vorliegen konkreter Verdachtsmomente von den Geldinstituten Auskünfte verlangen. Jedoch will die Bundesregierung nun die Kreditinstitute verstärkt überwachen und alle in Deutschland geführten Konten zentral erfassen. Wenn diese Entwicklung in Richtung „gläserner Kunde“ geht, wird's gefährlich. Mit der Bekämpfung des Terrorismus, das sagen auch alle Experten, hat das alles ohnehin nur wenig zu tun. Die wirklich „schwarzen Gelder“ werden großenteils nicht über das Bankensystem transferiert, sondern über alternative Netze ohne Belege. Die von Schily und Eichel geplanten Maßnahmen werden also vermutlich gar nicht greifen.

Nicht viel besser sieht es bei dem aus, was die EU-Finanzminister planen. Anwälte, Steuerberater und andere Berufe sollen per Gesetz gezwungen werden, ihre Mandaten bei der Polizei anzuzeigen, wenn sie auch nur den Verdacht haben, es könne irgendeine Straftat vorliegen.

Eine solche Regelung, faktisch eine Denunziationspflicht für diese Berufsgruppen, wird keinen einzigen Straftäter überführen. Sie wird vermutlich nur dazu führen, dass Menschen, die vielleicht unsicher sind, was erlaubt ist und was nicht, gar nicht mehr zum Anwalt, zu ihrer Bank oder zum Steuerberater gehen. Ein guter Anwalt, der seinen Job ernst nimmt, könnte also nicht mehr durch eine vertrauensvolle Beratung seiner Mandanten das Begehen einer Straftat verhindern.

## 15.000 neue Stellen bei der Polizei?

Petra Pau und Katina Schubert vermischen außerdem die Debatte um die Terrorismusbekämpfung mit Fragen der allgemeinen Kriminalitätspolitik. So heißt es auf Seite 3 im Abschnitt „Für eine bürgernahe Polizei“: „Rechnet man die Zahl der Überstunden auf einzurichtende Stellen um, kommt man auf rund 15.000

neue Polizistinnen und Polizisten, die einzustellen und auszubilden sind.“

Mit Terrorismusbekämpfung im eigentlichen Sinn hat das erst einmal wenig zu tun.

Im übrigen ist die Forderung nach Abbau von Überstunden bei der Polizei sicher zu unterstützen. Aber wenn Überstunden bei der Polizei auflaufen, dann stellt sich zunächst einmal die Aufgabe einer Überprüfung der Effektivität und auch der demokratischen Rationalität von Polizeiarbeit. Sicher brauchen die meisten Polizeiwachen in den Kommunen für die Strafverfolgung dringend moderne Geräte und Ausrüstungen. Auch der „Schutzmann bzw. die Schutzfrau an der Ecke“ ist sicher für viele Menschen ein wichtiger Sicherheitsfaktor. Aber oft genug sind bei Demonstrationen mehr Polizistinnen und Polizisten als Demonstrantinnen und Demonstranten – siehe Castor, siehe viele Antifa-Demos. Viele Überstunden fallen bei der Polizei auch an durch fremdenfeindliche Einsätze und schikanöse Kontrollen gegen Flüchtlinge. All das stärkt nicht die öffentliche und persönliche Sicherheit der Menschen, schon gar nicht vor terroristischen Gefahren, sondern behindert Bürgerinnen und Bürger, ihre Rechte in einer demokratischen und multikulturellen Gesellschaft wahrzunehmen. Hinzu kommt ein zum Teil überdimensional aufgeblähter Verwaltungsapparat oder andererseits die Belastung der Schutzpolizistinnen und Schutzpolizisten mit überflüssigen Verwaltungstätigkeiten.

Die Reduzierung solcher Einsätze, das Konzentrieren der polizeilichen Tätigkeit auf die eigentlichen Aufgaben, der Abbau von Verwaltungsbürokratie sowie die Sicherstellung von Transparenz und demokratischer Kontrolle müssen zunächst geleistet werden, bevor man sich über neue Stellen unterhält.

## Fazit

Die Linke einschließlich der PDS muss sich davor hüten, Konzepte, die nicht zu Ende gedacht worden sind, vorschnell in die Diskussion einbringen zu wollen. Mit Bürgerrechtsorganisationen, Fachverbänden und engagierten Personen sollte ein konstruktiver Dialog begonnen werden, begleitet von einer ausführlichen Debatte auch innerhalb der Partei. Es darf nicht sein, dass Schnellschüsse „von oben herab“ als Meinung der PDS verkündet werden, ohne sie vorher wenigstens mit den eigenen Innenpolitikerinnen und Innenpolitikern zu diskutieren und abzustimmen.

Außerdem ist auch eine Diskussion über die Ursachen des derzeitigen Terrors und darüber, was zu ihrer Beseitigung geschehen muss, dringend erforderlich.

Am Ende muss eine Vorstellung von einer Politik in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft stehen, hinter der wir alle stehen und für die wir in der Öffentlichkeit um Zustimmung und Mehrheiten können.



# Beiträge zum Wandel der industriellen Arbeitsbeziehungen

In der gängigen Betrachtung kapitalistischen Wirtschaftens steht der Unternehmer als Wirtschaftssubjekt, wenn auch nicht mehr unbestritten als Träger der Innovation, so doch mindestens als Träger der ökonomischen Entscheidungen und damit als Gestalter der materiellen Produktionsbedingungen. Die Arbeitskraft wird als wertschöpfend letztlich aber einflusslos (abgesichert durch das Vertragsrecht) auf die Gestaltung ihrer Bedingungen gesehen. In der Folge werden häufig auch die Entfremdung vom Arbeitsprozess, Arbeitsteilung und Fremdbestimmung weitgehend durch diese Konstellation bedingt betrachtet.

Teile der sozialistischen Bewegung sahen/sehen den Weg zur Emanzipation in der Eroberung der politischen Macht – der Rest ergibt sich. Tatsächlich liegen jedoch ausreichend Erfahrungen vor, dass die über die Arbeitsteilung, die Berufsbilder, die geronnenen technologischen Verfahren und die hierarchisch gegliederte gesellschaftliche Organisation der Produktion determinierte Funktion und Stellung der verschiedenen Wirtschaftssubjekte sich auch unter anderen politischen Machtkonstellationen nicht zwanglos hin zur Emanzipation und Selbstorganisation entwickelt.

Eine weitere durch die konkrete Stellung der Wirtschaftssubjekte aufgeworfene Frage ist die, inwieweit sich emanzipatorische Bewegungen gerade der „einfachen Handarbeit“ in der Sphäre der kapitalistisch organisierten Industriearbeit vor der Eroberung der politischen Macht durchsetzen können, oder ob sich die Elemente eines anderen Wirtschaftens nur außerhalb der dominierenden Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen entwickeln können.

Mindestens im Bildungsprozess der Gewerkschaften spielte diese Fragestellung eine praktische Rolle. Von Beginn an bauten sie Strukturen auf, die auf die Gestaltung auch der Lebenswelt außerhalb des Lohnarbeitsverhältnisses aus waren. Nicht nur Unterstützungskassen, sondern auch Konsum-, Wohnungs- und sonstige Genossenschaften sollten die Lebensbedingungen, letztlich die gesellschaftlichen Verhältnisse gestalten.

Stück um Stück sind der Arbeiterbewegung diese Einrichtungen jedoch enteignet worden. Die Ideen allerdings nicht so schnell. Noch Ende der 1920er Jahre hatte der ADGB eine Programmarbeit in Auftrag gegeben, die ein umfassendes Konzept zur Demokratisierung der Wirtschaft beinhaltete. Von der Konsumgenossenschaft über öffentliche Betriebe bis zu gewerkschaftseigenen Betrieben,

von einer genossenschaftlich organisierten Landwirtschaft über die Ausgestaltung des Arbeitsrechts bis zur entsprechenden Einflussnahme auf das Bildungswesen sollte die „Demokratisierung der Wirtschaft“ (1), sprich die Ausgestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen, betrieben werden. Spätestens jedoch in der Zeit nach dem Hitlerfaschismus haben die Gewerkschaften diese Bemühungen und Diskussionen um sie eingestellt; sicherlich auch ein Grund für die katastrophale Entwicklung bei den gewerkschaftseigenen Betrieben. Was blieb war der formalisierte Ruf nach Mitbestimmung auf höchster Ebene – und damit eigentlich nichts.

positive oder negative Wertung der soziologischen Schlussfolgerungen zieht dann auch die Spaltungslinie in der aktuellen gewerkschaftlichen Debatte.

Gleichwohl ist die gewerkschaftliche Diskussion heute für die beiden eingangs angeschnittenen Fragen offener und auch die sozialistische Programmdiskussion hat hieran zu arbeiten. Wo finden sich Ansatzpunkte für eine Entwicklung der Lohnabhängigen als Wirtschaftssubjekte, wo sind die industriellen Arbeitsbeziehungen (oder sind sie überhaupt) offen für mehr Autonomie. Die industriesoziologischen Analysen als auch die positiven Aufnahme dieser in der gewerkschaftlichen Diskussion sehen wachsen-



**„In Reih und Glied“ – Massenproduktion in der Kleinmotorenfabrik der AEG um 1900**

Aber auch die zweite oben gestellte Frage, die nach den Möglichkeiten der „Befreiung in der Arbeit“, war über lange Zeiträume kein wirkliches gewerkschaftliches Diskussionsfeld, sieht man von der Debatte um die Humanisierung der Arbeit und Diskussionen über die berufliche Bildung ab. Eine gewisse Wiederaufnahme dieser Debatte setzte jedoch ein, nachdem die Industriesozio-logie ihre Befunde zu den „Neuen Produktionskonzepten“ vorlegte. Die Diskussion war dabei von einer starken Bezugnahme auf diese Befunde geprägt, ohne sie einer eigenständigen kritischen Überprüfung auszusetzen. Die jeweilige

de Chancen für eine Befreiung in der Arbeit. Es ist jedoch fraglich, ob der zitierte Begriff der Freiheit ein wirklich tragfähiger ist. Er lenkt den Blick sehr auf eine irgend geartete individuelle Freiheit. Das Reich der Notwendigkeit begegnet dem Menschen jedoch allenthalben innerhalb als auch außerhalb der industriellen Produktion bzw. des lohnabhängigen Beschäftigungsverhältnisses. In der Reproduktion, bei Hausarbeit, Kindererziehung, Pflege von Alten und Behinderten oder auch in der alternativen Ökonomie stößt der Mensch auf eine Verkettung von Notwendigkeiten, die individuelle Freiheit begrenzen. Aber auch in

der industriellen Produktion setzen die Widerständigkeit der Gegenstände (Werkstück und Werkstoffe), die tradierte Arbeitsteilung und die aktuellen technischen Verfahren sowie die sozialen Außenbeziehungen (ob sie nun Kooperation, Vorgesetzter und Hierarchie oder Kundenprinzip heißen) enge Grenzen für individuelle Freiheit. Eine Programmatik, die die Rolle der lohnabhängigen Wirtschaftssubjekte stärken will, setzt eine Konkretisierung der eigenen Vorstellungen von „autonomer Arbeit“ in und außerhalb der Lohnabhängigkeit voraus, die die strukturellen Begrenzungen von Freiheit berücksichtigt. Doch auch wenn diese Reflexionen in der aktuellen industriesoziologischen Diskussion und ihrer Aufnahme in der gewerkschaftlichen Debatte kaum anzutreffen sind, ist eine Auseinandersetzung mit der gewerkschaftlichen Positionsbildung für die Entwicklung emanzipatorischer Programmatik wichtig, da die Gewerkschaften die tatsächliche Interessenvertretung der Millionen im industriellen Arbeitsprozess Beschäftigten sind und absehbar bleiben.

Mit den nachfolgenden Rezensionen neuerer Publikationen, die Veränderungen der industriellen Arbeitsbeziehungen zum Thema haben, sollen also Beiträge für eine Diskussion über umlaufende Positionen hinsichtlich der eingangs aufgeworfenen Fragen geleistet werden. In loser Folge sollen weitere Beiträge folgen, die dem Problem nachgehen, wie und wo die Stellung der Lohnabhängigen als Wirtschaftssubjekte entwickelt und gestärkt werden kann.

rog, brk

(1) Fritz Naphtali: Wirtschaftsdemokratie – ihr Wesen, Weg und Ziel. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1966.

## Renaissance des Fordismus/Taylorismus im neuen Gewand?

Im April 2001 erschien im VSA-Verlag Hamburg das Buch „Das regelt schon der Markt – Marktsteuerung und Alternativkonzepte in der Leistungs- und Arbeitszeitpolitik“. Die acht Beiträge in diesem Buch basieren auf Referaten bzw. Statements, die im Rahmen der Tagung „Reorganisationskonzepte, Arbeitszeitgestaltung und Lohn- und Leistungsregulation“ des IG Metall Bildungszentrums Sprockhövel vorgetragen und später ausgearbeitet wurden. Den Beitrag von Roland Springer (1) wollen wir hier vorstellen.

Springer beschäftigt sich zunächst mit der Bedeutung des Produktionssystems „Fordismus“.

„Das von Henry Ford in die Automobilfertigung eingeführte System der fließorientierten, stark arbeitsteiligen und

funktional gegliederten Massenproduktion hat, wie kein anderes Produktionssystem, die Organisationsprinzipien des Automobilbaus nicht nur in den USA, sondern weltweit geprägt. ... (er) verfügt ... über einen ‚Best-Method-Anspruch‘ ... Keinem alternativen Produktionssystem ist es ... gelungen, diesen Anspruch wirksam zu durchbrechen.“

Im folgenden geht Springer auf die bereits 1985 von Piore und Sabel vorgelegte und vieldiskutierte Studie vom „Ende der Massenproduktion“ ein, der zufolge die nicht nur in der Automobilindustrie zu beobachtende Krise ursächlich den gesättigten Massengütermärkten geschuldet sei. Wirtschaftliches Wachstum sei nur noch durch enge Kundenorientierung und Produktdiversifizierung zu erzielen – der Fordismus geriet in die Krise. In den 80er Jahren begann die Orientierung weg von Standards und Routinen hin zur „Flexiblen Spezialisierung“. „Nicht Standards und Routinen sollen nach heutigem Verständnis in Praxis und Wissenschaft also die moderne Industriearbeit prägen, sondern Flexibilität und Kreativität.“

Zunächst weist Springer darauf hin, dass diese Auffassung in den empirischen Realitäten keine Entsprechung findet. Aber, so Springer, darum ginge es ja nicht. Denn die Verkünder neuer, stilbildender Methoden haben Visionen. Sie erheben Anspruch auf zukunftsfähige, erfolgversprechende Wege. Wird dieser Anspruch zu Recht erhoben, fragt er? Angesichts knapper Käufermärkte müssen Unternehmen spezifische Kundenwünsche flexibel und kreativ in immer kürzeren Zeiten immer mehr unterschiedliche Produkte auf den Markt werfen. Hier handelt es sich um das Prinzip der Marktökonomie, „bei dem es exakt darum geht, dass Unternehmen ... auf die Signale der Märkte reagieren und diesen weitgehend gehorchen.“ Aber, so Springer, Unternehmen funktionieren auch nach planwirtschaftlichen Mechanismen. Ihre Grundlage finden diese Mechanismen in der Produktions- und Arbeitsökonomie, die gemeinsam sicherstellen, dass Kapital und Arbeit nicht verschwendet, sondern effizient eingesetzt wird. Zunehmende Produktkomplexität steigert zwangsläufig die Komplexität der Produktions- und Arbeitsabläufe. Aber: „Die zunehmende Produkt- und Prozesskomplexität wird durch Flexibilität allein nicht zu beherrschen sein.“

Ein von Springer beschriebenes Erfordernis sei die Komplexitätsreduktion bei ständiger Komplexitätszunahme. „Prominentes Beispiel hierfür sind auf der Produktseite die Plattformstrategien, die heute von so gut wie allen Automobilherstellern angewendet werden.“ Er vertritt: Standards begrenzen zwar die Vielfalt, sichern und verallgemeinern jedoch technische Fortschritte, sind somit innovativ. „Einheit in der Vielfalt“ übersetzt Springer das von ihm beschriebene Prinzip flexibler Standardisierung. „Mittels

flexibler Standardisierung müssen die Unternehmer also ... eine neue Balance zwischen den sich verstärkenden Flexibilitätserfordernissen auf der einen und den sich gleichzeitig verstärkenden produktions- und arbeitsökonomischen Erfordernissen auf der anderen Seite suchen und herstellen.“

Innovativ können (Arbeits-) Methoden seiner Auffassung nach immer nur im Hinblick auf definierte Problemstellungen sein, die sie besser als andere zu lösen vermögen. Allerdings unterlässt er es, einen Aufriss der „Problemstellungen“ zu machen – außer den Hinweis auf das Hochlohnland Deutschland mit seinen hohen Arbeitskosten und den daraus resultierenden Standortnachteilen finden wir diesbezüglich nichts. Zur Frage der Lohn- und Leistungsregulation dringt er nicht vor. Auf die seit langem verbreitete Kritik an der durch den Fordismus/Taylorismus forcierten „Entfremdung“ in der Arbeit lässt er sich gleichfalls nicht ein.

wog

1) Roland Springer ist Geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Innovation und Management und Privatdozent an der Universität Tübingen.

## „Arbeitskraftunternehmer“

Festgestellt wird eine strukturelle Veränderung der Ware Arbeitskraft (1). Die bisher vorherrschende Form des „verberuflichten Arbeitnehmers“ in der Periode des entwickelten industriellen Kapitalismus (davor des „proletarischen Lohnarbeiters“) werde langfristig abgelöst durch einen neuen Typus, den „Arbeitskraftunternehmer“.

Dessen Kennzeichen seien systematisch erweiterte Selbst-Kontrolle, Zwang zur forcierten Ökonomisierung der Arbeitsfähigkeiten sowie eine Verbetrieblung der allgemeinen Lebensführung. Der Begriff Arbeitskraftunternehmer solle zwei durchaus widersprüchliche Entwicklungen zum Ausdruck bringen: Annäherung des Leitbildes des Arbeitnehmers an das des Selbständigen und Unternehmers bei gleichzeitigem Bestehen einer Vielzahl restriktiver Arbeitsbedingungen und Entstehen neuer Risiken und Belastungen. Im Zuge eines langfristigen Wandels könne der Arbeitskraftunternehmer zur Schlüsselfigur des stattfindenden Wandels der industriellen Arbeitsgesellschaft werden, in enger Kopplung mit der wachsenden ökonomischen Bedeutung von Dienstleistungen.

Theoretischer Ansatzpunkt ist die „erweiterte Externalisierung betrieblicher Kontrolle“ („Transformationstheorem“). Um das Leistungspotential gekaufter Arbeitskraft in die erforderliche Leistung zu transformieren, müssten zusätzlich zur Entlohnung organisatorische Vor-



kehrungen zur aktiven Steuerung und Überwachung von Arbeitstätigkeiten getroffen werden, die zunehmend überproportional steigende Kosten verursachten. Um weitere Produktivitätssteigerungen zu erreichen, würde den betroffenen Beschäftigten selbst die aktive Selbststeuerung und Selbstüberwachung der eigenen Arbeit, die bisher eine zentrale Aufgabe des Managements waren, zugewiesen. Dabei sei die Rücknahme von direkter Kontrolle meist mit einer gleichzeitigen Verfeinerung und Effektivierung indirekter Steuerungen von Arbeitsprozessen bzw. von Steuerungen auf systemischer Ebene mit gezielter Kontrolle strategischer Parameter (Kosten, Qualität, Produktivität) begleitet. Diese „Internalisierung“ der Kontrollfunktion sei verbunden mit der Anforderung, die eigene Arbeit zeitlich zu strukturieren, mit der Selbstregulierung interpersonaler Beziehungen, zunehmender fachlicher Flexibilisierung, der Entwicklung der Fähigkeit zur Selbstmotivation.

Den Arbeitskraftunternehmer charakterisiere eine immer mehr aktiv zweckgerichtete, letztlich alle Lebensbereiche umfassende sowie alle individuellen Ressourcen gezielt nutzende systematische Organisation des gesamten Lebenszusammenhangs: Nutzung nicht nur berufsfachlicher Qualifikation, sondern auch des Geldvermögens, sozialer Netze und Kontakte, von Wohnraum bis hin zur Arbeitsleistung weiterer Personen.

Mit neuen Strategien der Selbstorganisation von Arbeit zielten Betriebe auf einen potentiell jetzt wirklich *totalen* Zugriff auf die Arbeitskraft – ein Zugriff, der nicht nur Teile der Eigenschaften von Arbeitskräften nutzen wolle, sondern die Arbeitsperson als *ganze*.

„Indem der Arbeitskraftunternehmer die Betriebsinteressen weitgehend übernimmt und die Transformation seiner Arbeitskraft in Arbeit systematisch selbst kontrolliert, holt er auch den Interessenkonflikt selbst in sich hinein. Zunehmend empfindet er nun zwei Seelen in seiner Brust: Er ist abhängige Arbeitskraft und hat zugleich mehr als alle anderen Arbeitskrafttypen gelernt, im Sinne eines fremden Unternehmens zu handeln, zu denken und zu fühlen ... Der ‚Klassenkampf‘ wird in die Seelen und Köpfe der Arbeitskräfte verlagert.“

Für eine kollektive Interessenvertretung entstehe ein Bedarf in neuer Qualität. „Auch Arbeitskraftunternehmer benötigen Hilfe, vor allem gegen die für sie typische Gefahr wachsender Selbstunterwerfung und Selbstausbeutung“, z.B. individuell konsultierte Psychologie und Beratung (2). *cls*

1) G. Günter Voß, Hans J. Pongratz, Der Arbeitskraftunternehmer, eine neue Grundform der Wa-

re Arbeitskraft, in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 50, Heft I, 1998, S. 131 – 158

2) Zwei andere Autoren, W. Glimmann (Betriebsrat bei IBM) und K. Peters (Philosoph) kommen in der betriebspraktischen und philosophischen Auseinandersetzung mit Fragen wie „Vertrauensarbeitszeit“, „neue Autonomie in der Arbeit“, „Sinn als Mittel indirekter Steuerung“, „Freiheit und Selbsttäuschung“ zu ganz ähnlichen Ergebnissen: „Sie sind es selbst, die den ‚Druck des Weltmarktes‘ spüren, und sie sind es selbst, die darauf mit faktischer Verlängerung ihrer Arbeitszeit reagieren. Dies erscheint nicht mehr als ein Konflikt zwischen Unternehmer und Arbeitenden, sondern zunehmend als ein innerer Konflikt in den Köpfen dieser ‚unselbständigen Selbständigen‘ im Unternehmen.“ „Möglich und notwendig ist dagegen Hilfe zur Selbsthilfe: kollektive Selbstverständigungsprozesse.“ „Bei dieser Aneignung der Fähigkeit zur Selbstständigkeit kann der Betriebsrat eine wichtige unterstützende Rolle spielen.“ (In „Mehr Druck durch Freiheit, die neue Autonomie in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen“, VSA-Verlag, Hamburg, 2001)



Montagearbeiten in einer modernen Automobilfabrik

## Auf der Suche nach der Autonomie in der Arbeit

Das zu besprechende Buch (1) kreist um die zentrale Frage, ob industrielle Arbeit im Kapitalismus Momente der Selbstbestimmung beherbergen und aus diesen heraus eine emanzipatorische Bewegung möglich ist. Das Unangenehme vorweg: das Buch ist eine Doktorarbeit und entsprechend bordet es über von Zitaten, Theoriebezügen und dem spürbaren Willen auch etwas Neues zu präsentieren. Folglich leidet die Lesbarkeit nicht wenig.

Wolf beginnt seine Arbeit mit einer Darstellung und Kritik an der deutschen und teils der angelsächsischen Arbeitssoziologie. Dies ist interessant, nicht zuletzt weil ein Überblick über die Schwerpunkte dieser Forschungen entsteht. Er kritisiert eine bei allen Ansätzen zu beobachtenden Verengung des Beobachtungsgegenstandes, also der Arbeit selbst. Für viele Forscher war sie eine Erscheinung, die sich zwar wandelt, deren Wesen aber durch die kapitalistischen Verhältnisse als heteronome Arbeit de-

terminiert war. Nach Wolf war damit ein Zugang zur Widersprüchlichkeit der Arbeit im Kapitalismus versperrt.

Dagegen entwickelt er die These, dass Arbeit im Kapitalismus trotz aller Fremdbestimmung immer auch Momente der Autonomie beinhalte. Die bürokratische Organisation der kapitalistischen Produktion wird letztlich als unerfüllbares Versprechen gewertet. Sie versuche zwar den Gesamtprozess unter Kontrolle zu bringen, da aber das Produktionswissen der (ausführenden) Arbeiter nie völlig erfassbar, dokumentierbar, zu enteignen ist, muss kapitalistische Produktion die Selbsttätigkeit, ja ist auf sie angewiesen, damit das System nicht kollabiert.

Auf dieser Basis beurteilt er auch die neuen Managementkonzepte weniger euphorisch als vielerorts geschehen und deutet sie eher als einen erneuten Ver-

such, unter veränderten Bedingungen die Bürokratisierung des Produktionsprozesses unter neuen Leitmetaphern (human resources; Managementkonzepte) zu reorganisieren und das Verhältnis von Fremdbestimmung und Autonomie neue auszutarieren. Demgegenüber kann sich jedoch die Lohnarbeit aus den immer vorhandenen Momenten der Autonomie bedienen und Ansprüche entwickeln. Bei der Frage nach möglichen Horizonten der Autonomie greift er Themen unterschiedlicher Widerstandsbewegungen auf (stoffliche Seite der Produktion, Ökologismus, Geschlechterdifferenz als Reproduktionsfunktion).

Für die Betrachtung von Heteronomie und Autonomie gehen durch die von Wolf vorgenommene spezifische Betrachtung der Herrschaftsstrukturen im Betrieb jedoch mindestens zwei Problemkreise verloren. Erstens der sozusagen lange Arm der geronnenen Technik, der nicht nur Verfahren (einzuhaltende Vorgaben) und Berufsqualifikationen (Hierarchie) mit Bestand versieht, sondern auch die Vorstellungswelt der Menschen und damit Autonomie gegenüber den eingeübten Verfahren spezifisch eingrenzt. Zweitens die Betrachtung des Betriebes als spezifisches Feld (Bourdieu), in dem nicht einfach Management und Arbeiter sich bipolar gegenüberstehen, sondern das ein soziales Feld mit unterschiedlichsten Akteursgruppen ist, die spezifische Interessen einbringen und versuchen, sich von anderen abzugrenzen (Beispiel innerbetriebliche Weiterbildung).

Aber diese Gesichtspunkte könnten sicher nicht die Fragestellung des Buches ersetzen. Es bleibt also: schwer verdaulich, aber bereichernd und damit lesenswert. *rog*

1) Harald Wolf: Arbeit und Autonomie – Ein Versuch über Widersprüche und Metamorphosen kapitalistischer Produktion. Westfälisches Dampfboot, Münster 1999

# Hochschule in den Fängen des Marktes

**Linker Hochschultag der Rosa-Luxemburg-Stiftung**  
**8. bis 9. November 2001 in Leipzig**

Wie auch andere bisher öffentlich finanzierte Bereiche sieht sich das Hochschulsystem einem ungeheuren Druck ausgesetzt, der in Richtung Privatisierung und verstärkte Kommerzialisierung weist. Demokratische Gremien werden ausgeschaltet, Bildungszugänge werden wieder verstärkt von den finanziellen Potenzen der Studierenden abhängig und Hochschulen sollen Dienstleister der Privatwirtschaft sein. Welche Chancen bestehen, sich diesem Druck zu widersetzen; welche Konsequenzen sind mit einer Europäisierung des Hochschulsystems verbunden; trägt die Computerisierung wirklich zu einer qualitativ neuen Bildung bei und wie sieht es eigentlich aus mit dem Verhältnis Linke - Intellektuelle - Wissenschaftspolitik? Diese und damit zusammenhängende Fragen stehen im Mittelpunkt der Podiumsdiskussionen und Arbeitskreise, zu denen wir herzlich einladen.

## Programm

**Donnerstag, 8. November, 20.00 Uhr, Moritzbastei, Eröffnung – Im Interview:**

Prof. Dr. Joseph Weizenbaum (USA) zum Thema „Computermythen versus Bildung“, befragt von Dr. Evelin Wittich, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Rosa Luxemburg Stiftung. Joseph Weizenbaum - Professor für Computerwissenschaft, Computerpionier und Computerkritiker, ab 1963 im Massachusetts Institute of Technology (MIT). Weizenbaum ist Mitbegründer der Computer Professionals for Social Responsibility (USA) und des Forum der Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung - FIFF (BRD). Seit 1988 ist Weizenbaum emeritiert.

**Freitag, 9. November, 9.30 Uhr, Neues Rathaus, Stadtratssaal Podiumsdiskussion: Europäisierung des Hochschulsystems: Chancen - Risiken - Perspektiven - Widersprüche**

mit Prof. Ulrike Felt, Wien, Professor for Social Studies of Science Institute for Philosophy of Science and Social Studies of Science, Regierungskonferenzdirektor Dietrich Elchlepp, Leiter des Referats Wissenschaftlicher Nachwuchs im BMBF, Dr. Knut Löschke, Vorstandsvorsitzender der PC-Ware Information Technologies AG, Stefan Bienefeld, Mitglied im Exekutivkomitee der National Unions of Students in Europe, (ESIB), Sabine Nuss, Promotionsstipendiatin der RLS

**13.00 Uhr – Arbeitskreise**

Neues Rathaus, Raum 259: *Arbeitskreis 1*

**Volluniversität im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Regionalisierung**

Neues Rathaus, Ratsplenarsaal: *Arbeitskreis 2*

**Geistes- und Sozialwissenschaften in der Defensive?**

Neues Rathaus, Raum 61: *Arbeitskreis 3*

**Akademische Laufbahn als Perspektive?**

**17.30 Uhr: Neues Rathaus, Stadtratssaal**

**Abschlusspodiumsdiskussion: Linke - Intellektuelle - Wissenschaftspolitik „Wie wichtig ist Hochschul- und Wissenschaftspolitik für das Verhältnis von Linken und Intellektuellen?“**

mit Maritta Böttcher, Mitglied der Bundestagsfraktion der PDS, Bildungs- und hochschulpolitische Sprecherin und ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Dr. sc. André Brie, Mitglied des Europaparlamentes, Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik. Dr. Monika Runge, Mitglied der PDS-Landtagsfraktion Sachsen, Energiepolitische Sprecherin der Landtagsfraktion

**Ort: Leipzig**

**Ansprechpartnerin:**

Dr. Evelin Wittich, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

**26.-28. Oktober, Hamburg: Demokratie – wo und wie?** Kongress, Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), Hamburg. Es laden ein: Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Norman Paech, Prof. Dr. Herbert Schui (Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg), die überparteiliche Bürgerinitiative für Sozialismus, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, die Redaktion „Ossietzky“ und die Redaktion „Sozialismus“. Detaillierte Informationen und das aktuelle Kongressprogramm unter [www.sozialismus.de/demokratiekongress](http://www.sozialismus.de/demokratiekongress)

**16.-18. November, Bad Segeberg: Fluchtweg Ostsee. Konferenz des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein** anlässlich seines 10-jährigen Bestehens, gemeinsam mit anderen Gruppen und Organisationen in Schleswig-Holstein. Informationen bei: [www.baltic-refugee.net](http://www.baltic-refugee.net)

**17./18. November: Symposium zum PKK-Verbot.** YEK-KOM und andere laden aus Anlass des achten Jahrestages des PKK-Verbots zu einem Symposium ein, auf dem die bisherigen Erfahrungen des Kampfes gegen das PKK-Verbot und weitere Schritte dagegen beraten werden sollen. Veranstalter ist der Trägerkreis der Kampagne „Verboten ist, den Frieden zu verbieten“, c/o YEK-KOM, Graf-Adolf-Str. 70a, 40210 Düsseldorf, Fax (02 11) 1 71 14 53, E-Mail: [yekom@gmx.net](mailto:yekom@gmx.net)

**23./24. November, Mannheim: Nichts mehr zu verteilen?** Probleme der Verteilungspolitik im Shareholder-Kapitalismus. 8. *Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS.* Fragestellungen: Wie muss eine Tarifpolitik aussehen, die das Zurückbleiben der Arbeitseinkommen aufhält? Welche Risiken oder Chancen birgt eine Tarifpolitik, die das Verteilungsproblem über Vermögensbildung und Fondsbeteiligungen lösen will? Verliert der sozialstaat seine Rolle beim Ausgleich ungleicher Einkommensverteilung? Welche Bedeutung hat die öffentliche Daseinsvorsorge des Staates für eine gerechte Verteilungspolitik? Anmeldung bei: Konferenzbüro 8. Gewerkschaftskonferenz, c/o Regionalbüro Baden der PDS-Bundestagsfraktion, Helmut Roos, Alte Bergheimer Str. 8, 69115 Heidelberg. Tel. (0 62 21) 18 06 30, Fax (0 62 21) 18 06 31, E-Mail: [PDS-BTF-Baden@t-online.de](mailto:PDS-BTF-Baden@t-online.de)

**24. November, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften,** Abschluss, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

**28. November, Brüssel: Forum Soziales Europa** (die beim letzten Treffen vorgelegten Thesen sind auf einer gesonderten Seite dokumentiert) mit den Schwerpunkten „Konkreter Stand der Arbeitsbedingungen“ und der „Rechte der abhängig Beschäftigten“. Mit Unterstützung des Fraktionsvorsitzenden der Vereinigten Europäischen Linken im Europaparlament, Francis Wurtz. (Quelle: [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de))

**1. Dezember, Berlin: Genossenschaften – eine Chance für demokratische Reformalternativen?** 4. Workshop der PDS zur Genossenschaftsproblematik. Diskutiert werden sollen insbesondere zwei Fragen: 1. Welche Potenzen für gestaltende Politik bergen Genossenschaften bzw. der Genossenschaftsidee verbundene Projekte in sich? Wie kann linke Politik helfen, gemeinsam mit Betroffenen diese Potenzen zu heben?